

3 Fallbeispiel 1: Salzhemmendorf

Kaum zwölf Stunden nach dem Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft an der Hauptstraße 70 in Salzhemmendorf in der Nacht vom 27. auf den 28. August 2015 findet eine Kundgebung statt, die Aufsehen erregt. In den Nachrichten werden Bilder der Demonstration zu sehen sein, bunte Fahnen, Transparente, viele Leute, Jung und Alt. Eine Gruppe skandiert: »Ob Ost oder West, nieder mit der Nazi-Pest« und »Um Europa keine Mauer, gleiches Recht für alle und zwar auf Dauer«.¹ Die Salzhemmendorfer Vereine sind präsent, die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr in Uniform. Etliche von ihnen sind am frühen Morgen am selben Ort gewesen, um zu löschen. Landespolitiker reihen sich ein. Der Ministerpräsident war bereits früh zur Stelle und sprach von versuchtem Mord.² Der Bürgermeister des Fleckens gibt Interviews. Rückblickend wird er sagen, dass sein Handy quasi nicht still gestanden habe. Kaum ein Sender, kaum eine Redaktion, die nicht Mitarbeiter nach Salzhemmendorf entsandt habe, um O-Töne des parteilosen Verwaltungsleiters einzufangen, die an diesem Tag immer gleich ausfallen. Fassungslos sei man. Es gebe keine Erklärung. Eine rechte Szene gebe es in Salzhemmendorf schließlich nicht. Man sei geschockt. Wie ein Blitz habe die Nachricht eingeschlagen: Drei junge Leute, zwei von ihnen aus dem Flecken Salzhemmendorf, eine Täterin aus der nahen Umgebung, haben am frühen Morgen einen Molotowcocktail gebaut und ihn auf die Flüchtlingsunterkunft am Ortseingang geworfen, um dort untergebrachte Flüchtlinge zu ermorden, wie ein Jahr später das Landgericht Hannover urteilen wird. Das Urteil aus dem Jahr 2016 macht unmissverständlich klar: Es war ein aus Fremdenhass begangener Anschlag, bei dem lediglich durch Zufall niemand körperlich zu Schaden kam.

Dagegen steht Salzhemmendorf auf, geht noch am Nachmittag desselben Tages auf die Straße, demonstriert. Das Motto der Veranstaltung lautet »Gute Nachbarschaft«. Etwa 2.000 Menschen beteiligen sich, zeigen damit, dass sie die Tat verurteilen. Von einem wichtigen Zeichen für die Gemeinde sprechen daher die

1 O.V.: Über 2000 Menschen bei Kundgebung in Salzhemmendorf, in: Deister- und Weser-Zeitung, 28.08.2015.

2 Siehe Speit, Andreas: Brandanschlag auf Flüchtlinge, in: taz, 29.08.2015, S. 54.

Redner und der Landrat. Ein Signal der Solidarität gegen den Hass. Fremdenfeindlichkeit im Weserbergland habe keine Chance, wenn Demokraten zusammenstünden, heißt es.

Die Demonstration war eine überaus hör- und sichtbare Reaktion auf den Brandanschlag in der Nacht zuvor. Dabei ist sie freilich nur ein Teil des Gefüges von Reaktionen und Interaktionen verschiedener Gruppen auf das Ereignis vom August 2015. Die Demonstration stellt *einen* Vorgang dar, wie Salzhemmendorf, genauer: wie Teile der Einwohnerschaft des Ortes sowie angereiste Demonstrierende auf den Brandanschlag reagiert haben. Sie gibt somit *einen* Einblick auf die Art und Weise, wie (Teile des Ortes) Salzhemmendorf reagierten, nämlich mit einer öffentlichen Bekundung von Solidarität mittels bürgerschaftlichen Protestengagements, das von Vereinen und federführend von der Lokalpolitik spontan organisiert und getragen wurde. Insofern steckt tatsächlich bereits einiges von dem, was das gesellschaftliche und politische Selbstverständnis Salzhemmendorfs umfasst, in dem Vorgang der Demonstration.

Allerdings ist das zum einen nicht alles und zum anderen enthält dieses Selbstverständnis auch etliche Ambivalenzen, wie zu zeigen sein wird. Denn wie der Ort insgesamt den Brandanschlag verhandelt hat, wie er mit ihm umging, wie Akteure aus Salzhemmendorf ihn – den ersten rechtsradikal motivierten Brandanschlag im Kontext der »Flüchtlingskrise« in Westdeutschland – deuteten und (für sich) erklärten, steht im Zentrum dieses Beitrags. Im Vordergrund stehen weniger die Täterin und die Täter als vielmehr das Handeln und Verhalten, die Sichtweisen und Deutungen verschiedener Salzhemmendorfer Akteursgruppen. Wie wurde mit der rechtsradikal motivierten Gewalttat umgegangen und was hat man darunter überhaupt verstanden? Welche Erklärungen finden die lokalen Akteure für die Tat? Dies nachzuvollziehen erklärt logischerweise zwar nicht die Tat, gibt jedoch einen Einblick in das lokale Umfeld, in dem sie sich ereignen konnte.

3.1 Das kleinstädtische Kur-Ort-Idyll und die Bürgergesellschaft vor Ort

Auf der Landkarte liegt Salzhemmendorf inmitten dreier gedachter Dreiecke. Das erste, das größte, das sich um den Ort zeichnen ließe, hat als Eckpunkte die Städte Göttingen, Hannover und Bielefeld – die Großstädte liegen zwischen 50 und 100 Kilometer entfernt. Das zweite, nächstkleinere, Dreieck spannt sich um die Mittelzentren Hameln, Hildesheim und Einbeck, die zwischen 20 und 40 Kilometer entfernt sind. Das dritte Dreieck besteht aus drei kleinen Höhenzügen des Leineberglandes, die den Tausend-Einwohner-Ort rahmen: der Ith im Westen, der Osterwald im Norden und der Thüster Berg im Osten. Kaum ein Wanderführer des Weserberglands lässt die Routen hinauf zum Lönsturm auf dem Kanstein aus, verweist nicht auf die Klettermöglichkeiten an den Ith-Klippen, die Seenlandschaft,

die Felsformationen, die Türme und Burgruinen der Region.³ Wer beispielsweise im späten Frühjahr in der Region unterwegs ist, hat kaum Schwierigkeiten, sich Salzhemmendorf inmitten dieses norddeutschen Mittelgebirgsidylls als staatlich anerkannten Kurort vorzustellen, der es auch einst war.

Doch gilt der Flecken im Osten des Landkreises mit seinen insgesamt elf Ortsteilen⁴ als wirtschaftlich weniger gut gestellt als der Rest Hameln-Pyrmonts. Wohl auch deshalb setzte Salzhemmendorf ab 1986 voll auf den Kurbetrieb, wollte den Fremdenverkehr zum lokalen Wirtschaftsfaktor entwickeln und errichtete die »Ith-Saale-Therme« sowie ein neues Kurhotel mit 52 Betten und einem Saal für 130 Personen.⁵ Die Gemeinde Salzhemmendorf investierte einiges, um ihren Ort als Kur-Idyll weiter auszubauen – fungierte sie schließlich als hundertprozentige Gesellschafterin der Kurbetriebsgesellschaft. Die Grundsteinlegung erfolgte im Mai 1990, doch bereits zwei Jahre später kam es zu Turbulenzen: Die Gesellschaft stand vor dem Konkurs, etliche Verantwortliche aus Wirtschaft und Politik – u.a. der damalige Bürgermeister – zogen sich zurück. Man suchte händeringend externe Investoren, doch fand sie nicht. Hotel und Badetherme kamen unter den Hammer: Im Februar 1995 wurden »Salzhemmendorfs Kurträume«⁶ vor dem Hamelner Amtsgericht zwangsversteigert.⁷

Heute wird das Wellnessbad und Gesundheitszentrum »Ith Sole Therme« von einer Gesellschaft betrieben. Und das Hotel ist nunmehr eine Seniorenresidenz. Die Gemeinde hat damit nichts mehr zu tun – außer, dass das kostspielige Scheitern des Kur-Projektes in den lokalpolitischen Erzählungen seither einen festen Platz einnimmt.

Mit der Idee des Kurbetriebes hatte die Kommune Mitte der 1980er Jahre gegen den Arbeitsplatzabbau und den Fortzug angehen wollen. Noch 1992 absolvierten die Profifußballer von Hannover 96 ein Trainingslager in Salzhemmendorf. Die Mannschaft hatte wenige Wochen zuvor überraschend den DFB-Pokal gewonnen. Ihr Aufenthalt in Salzhemmendorf war daher umso mehr eine lokale Attraktion.⁸ Drei Jahre später gelang der Gemeinde nur mit viel Glück, den Sportplatz, auf dem

3 Vgl. Tubbesing, Ulrich: Weserbergland. Die schönsten Tal- und Höhenwanderungen, Oberhausen 2012, S. 66–68.

4 Der Flecken umfasst die Ortsteile Salzhemmendorf, Lauenstein, Hemmendorf, Osterwald, Ollendorf, Benstorf, Thüste, Wallensen, Ockensen, Ahrenfeld und Levedagsen.

5 Vgl. Zieseniß, Joachim: Das unendliche Thermen-Debakel, in: Deister- und Weser-Zeitung, 26.07.2017.

6 Stadt Salzhemmendorf: Solebad und Kurentwicklung in Salzhemmendorf, 13.01.2012, URL: www.salzhemmendorf.de/solebaden-und-kurentwicklung-in-salzhemmendorf/ [eingesehen am 10.12.2018].

7 Vgl. ebd.

8 Informationen des Fleckens Salzhemmendorf: Geschichtliches aus Salzhemmendorf, URL: <https://www.salzhemmendorf.de/category/geschichtliches-aus-salzhemmendorf/page/3/> [eingesehen am 22.01.2019].

heute der SV Blau-Weiß Hemmendorf-Salzhemmendorf Kreisligafußball spielt, aus der Konkursmasse zu lösen und wieder in Besitz zu nehmen. Die Kurpleite hat bis heute sichtbare Spuren hinterlassen – denn die Gemeinde sah im Kurbetrieb ein Zukunftsprojekt, das der Kommune jedoch letztlich bloß »einen Haufen Schulden« eingebracht habe, wie uns ein führender Lokalpolitiker (I1) im Gespräch verdeutlichte, doch sogleich anfügte: Die Lage, die Anbindung, die Situation der Kindertagesstätten, die attraktiven Grundstückspreise – »Uns geht es alles in allem gut«.

Wer durch Salzhemmendorf spaziert, entdeckt viel Fachwerk, gepflegte Gärten, freistehende Einfamilienhäuser, Frisör, Markt, Ratskeller, die St. Margarethenkirche in zentraler Lage nahe der Grundschule, Krippe, Kindergarten. Die in den 1970er Jahren errichtete Kooperative Gesamtschule befindet sich jenseits der Calenberger Allee, der L462, der Ortsdurchfahrtsstraße, die Salzhemmendorf in einen älteren und einen jüngeren Part teilt. Entlang dieser Landstraße reihen sich Discountmärkte aneinander: Aldi, Rewe, KiK, Netto und eine Aral-Tankstelle, die zugleich den abendlichen Treffpunkt für manch jungen Erwachsenen darstellt.⁹

Normal und ruhig, protestantisch, ländlich, kleinbürgerlich: So charakterisieren Gesprächspartner¹⁰ den Flecken Salzhemmendorf, dem seit einer Gebietsreform im Jahr 1973 elf Gemeinden angehören.¹¹ »Größer als ein Dorf, aber noch keine Kleinstadt« (I6), wie uns eine Verwaltungsmitarbeiterin erläutert hat. Bei der jüngsten Gemeinderatswahl 2016 wählte man in der Region mit knapp 36 Prozent der Stimmen die SPD zur stärksten politischen Kraft; die CDU kam auf 25 Prozent, die Grünen erhielten gut 16 Prozent der Wählerstimmen. Der amtierende Bürgermeister wurde 2014 als parteiloser Bewerber, von der CDU unterstützt, mit knapp siebzig Prozent der Stimmen gewählt. Bei der Bundestagswahl im September 2017 wählte Salzhemmendorf ähnlich ausgeglichen, etwa paritätisch Christ- und Sozialdemokratie: 34 Prozent stimmten für die SPD, dreißig Prozent für die CDU. FDP, Grüne und DIE LINKE erhielten zwischen sechs und acht Prozent der Stimmen; die AfD kam auf gut elf Prozent. Von den 7.560 Wahlberechtigten votierten 27 für die NPD (0,5 Prozent). Bei der niedersächsischen Landtagswahl nur einen Monat später wurden CDU und SPD erneut klar die stärksten Kräfte: Die SPD kam auf

9 Vgl. o.V.: Tante Emma stirbt schon seit Jahren, in: Deister- und Weser-Zeitung, 07.08.2015.

10 Für den vorliegenden Text sind insgesamt sieben Interviews mit Verantwortlichen aus der Kommunalpolitik, der Zivilgesellschaft, den Lokalmedien und beteiligten Akteuren berücksichtigt worden, die in Salzhemmendorf und Umgebung in der Zeit zwischen Mai und September 2017 geführt wurden. Überdies sind als Quellen Medienberichte und die Urteilschrift aus dem Prozess gegen das Trio verwendet worden. Mehrere Vor-Ort-Beobachtungen wurden im Sommer 2017 vorgenommen, während derer etliche informelle Gespräche geführt werden konnten.

11 Vgl. Prieb, Axel: Stadt und Umland im 20. Jahrhundert. Vom Gegensatz zu stadtreionalen Planungs- und Handlungsansätzen, in: Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen (Hg.): Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 78 (2006), S. 77–99.

42, die CDU auf 28 Prozent der Stimmen. Von den übrigen Parteien erhielten nur die Grünen mit zehn Prozent ein zweistelliges Ergebnis, gefolgt von der AfD (acht Prozent), der FDP (fünf Prozent) und der Partei DIE LINKE (vier Prozent). Hier wie dort: Die politischen Mitten wurden elektoral favorisiert.

Jüngere lokalpolitische Debatten, die in der Lokalzeitung *Deister- und Weser-Zeitung* für Schlagzeilen sorgten, bilden den Kanon kommunalpolitischer Alltagskontroversen ab: die Frage nach Kindergartenplätzen, sicheren Schulwegen, Straßensanierungen. Gediegen und moderat fielen selbst Streitigkeiten wie jene über einen geplanten Schulneubau aus, der mehrere Grundschulstandorte zusammenziehen sollte. Eine Elterninitiative und ein Ratsmitglied hatten ein Bürgerbegehren gegen den Bau einer dreizügigen zentralen Grundschule in Salzhemmendorf angestrengt. Ihr Ziel war es, die drei kleineren Grundschulen in den Ortsteilen Lauenstein, Wallensen und Oldendorf zu erhalten.¹² Das Thema Infrastruktur im Zusammenhang mit Fortzug, demografischen Entwicklungen, baulichen Modernisierungen und Instandsetzungen lässt sich bei der Durchsicht der Lokalzeitung in der Tat als eine bedeutende Angelegenheit der vergangenen Jahre ausmachen. Geprägt von der Frage: »Was ist für den Flecken noch machbar?«¹³, standen so beispielsweise drei Freibäder und ein Hallenbad zur Disposition, entspannen sich wiederkehrende Debatten im Gemeinderat und darüber hinaus über Sparmaßnahmen und Ausgabenkontrollen.

In Gesprächen mit kommunalpolitischen Verantwortungsträgern betonten diese, dass aufgrund der Haushaltslage »keine vernünftige politische Arbeit« mehr möglich sei. Der Strukturwandel sei aufgrund von »Jobverluste[n]« und der »Kurpleite« (I1) ausgefallen. Beispielhaft dafür stehe die Werksschließung des Fertighausanbieters Okal im Ortsteil Lauenstein, wo zu Spitzenzeiten 1.100 Mitarbeiter Beschäftigung fanden.¹⁴ Anfang 2000 wurde die Firma an eine Beteiligungsgesellschaft verkauft, die Okal mit anderen Fertighausanbietern vereinte. Zunächst war noch von bis zu vierzig Neueinstellungen in Lauenstein die Rede gewesen; doch dann entschied man sich gegen den Standort im Weserbergland. Heute gibt es im Ort keine Okal-Arbeitsplätze mehr – bis auf einen für die Verwaltung des ehemaligen Werksgeländes. Die Produktion in Lauenstein wurde 2006 komplett stillgelegt.

12 Zwar votierten 86 Prozent der Stimmberechtigten gegen den Neubau; jedoch scheiterte der Bürgerentscheid am erforderlichen Quorum von 25 Prozent, das mit 15,6 Prozent deutlich unterschritten wurde; vgl. dazu o.V.: Schuldebatte – Eltern leiten Bürgerbegehren ein, in: *Deister- und Weser-Zeitung*, 07.03.2011.

13 Vgl. Stolte, Christiane: Was ist für den Flecken noch machbar?, in: *Deister- und Weser-Zeitung*, 22.01.2017.

14 Siehe Zieseniß, Joachim: Okal aus Lauenstein feiert 90-jähriges Bestehen, in: *Deister- und Weser-Zeitung*, 11.08.2018.

Erst die »Kurpleite«, dann die Okal-Werksschließung – für Salzhemmendorf waren die Jahre von etwa 1990 bis Mitte der 2000er Jahre Zeiten des Umbruchs, die sich auch in den Erzählstrecken der von uns befragten Kommunalpolitiker prägnant wiederfanden. Die »Kurpleite« habe auf der einen Seite Jobverluste verursacht, mit denen Fortzug und die Beschleunigung eines allgemein konstatierten demografischen Wandels einhergingen. Auf der anderen Seite habe der »dramatische Strukturwandel« (I1) ebenfalls zur Folge gehabt, dass die Kommunalpolitik über immer weniger Gestaltungsräume verfüge. Allein die »Kurpleite« – vor Ort ein geflügeltes Wort – habe ein Loch in den Etat der Kommune gerissen, der Flecken steht auch infolgedessen unter Finanzierungsvorbehalt, hat Bedarfszuweisungen beantragt (I1: »Die Bankrotterklärung der Kommune«), was das Recht auf kommunale Selbstverwaltung freilich beschränkt. Auf eine zumindest teilweise Entlastung der Schulden arbeite man hin – »dass wir auch mal wieder vorausschauend planen können, dass wir Maßnahmen konkret annehmen können, nicht immer nur da das Feuer löschen, wo es am meisten brennt, was wir die letzten zwanzig Jahre machen, das ist irgendwann ermüdend. Also, dass man da wirklich mal vernünftige politische Arbeit machen kann.« I1 verdeutlicht die Zwänge, in der sich die Kommune aus seiner Sicht befinde, am Beispiel lokaler Infrastrukturmaßnahmen und verweist schlussendlich trotz allem auf ein gewisses Einvernehmen, das vor Ort zwischen Politik und Bürgern herrsche:

»Die letzte Straße, die wir komplett neu ausgebaut haben, war irgendwie vor 25 Jahren [...]. [S]eitdem flicken wir nur. Das geht mal eine Zeit lang gut, aber wenn man eine Lebensdauer von fünfzig Jahren für eine Straße hat, dann ist das schon lang, und wenn man weiß, dass wir seit 25 Jahren nur geflickt haben, dann ahnt man, dass da einiges im Argen liegt und noch auf uns zukommt. Also, vor ein paar Jahren haben wir uns da noch unsere Brücken vorgenommen. Das war nie Thema. Da ging es nur um Kur und wir wollen hier ganz groß rauskommen. Ja und wir haben uns dann mal angeguckt, Pflichtaufgabe, ja so eine Brücke muss man alle fünf Jahre mal durch so einen Brücken-TÜV schicken. Das wurde hier noch nie gemacht. [...] Ja, das sind so Dinge, wo wir so wirklich nach und nach uns nur dran lang arbeiten und immer nur da, wo es am dollsten brennt, agieren können. [...] Wir haben schon viele Dinge geschafft, also gerade Schulen, Kindergärten, [...] da gibt es auch eine ganz Menge Forderungen, Brandschutz, Inklusion, energetische Sanierungen. Also, wenn man da bei einem alten Gemäuer anfängt, ist man sehr schnell auch bei einem Neubau. Da haben wir eine ganze Menge gemacht, auch bei unseren Sporthallen, unserer Schwimmhalle. Das Ding ist auch, wie es immer ist, Anfang der 70er entstanden, ist jetzt vierzig Jahre alt. Technische Anlagen, ahnt man, also da ist immer was. Also das sind so Dinge, wo wir in den letzten Jahren viel geschafft haben, aber der Bürger, ja, wie gesagt, weiß, auch das geht alles nur schrittweise, nicht der große Rundumschlag, sondern wir machen dann

nach und nach vieles über mehrere Jahre [...] und das läuft eigentlich hier sehr einvernehmlich mit den Bürgern, das muss man wirklich sagen.« (I1)

Die Passage verdeutlicht nicht nur, dass der Gesprächspartner inzwischen eine gewisse Großspürigkeit in dem Kur-Projekt von einst sieht, sondern auch, dass es einen gemeinschaftlichen Aspekt im Umgang mit den kommunalen Alltagsproblemen zu geben scheint, dass offenbar ein gewisses Verständnis seitens der Bürger für die Situation der Kommune besteht. Es gebe »ein sehr gutes Miteinander«, wie er mehrfach betont. Garant dafür sei das (noch) intakte Vereinsleben. Schützen-, Sport- und Heimatvereine, auch die eingemeindeten Dörfer – »stolze Ortsteile«, wie er sagt –, verfügen jeweils über eigene Zusammenschlüsse mit jahrzehntelanger Tradition. Das Engagement der Bürger sei vorhanden und zeichne Salzhemmendorf aus – vom Ockenser Carnevalsverein über den Tennisclub Lauenstein, die Ortsfeuerwehren bis zum Bergmusikverein Frauenchor Osterwald. Eine »vorbildliche Mentalität« attestiert der Lokalpolitiker den Vereinen, durch die eine aufgrund klammer Haushaltskassen ausfallende Kommunalpolitik erst aktiviert worden sei und welche diese sogar in Teilen ersetze.

»Wenn die [Bürger, Anm. d. V.] hier nicht selbst aktiv werden und Hand anlegen, passiert im Zweifel nichts, aber das hat wie gesagt durchaus positive Auswirkungen, also zum Beispiel, wir haben sämtliche Dorfgemeinschaftshäuser, die es ja so gibt in solchen Orten, meist die alten Schulen, werden durch Vereine betrieben. [...] Die Gebäude gehören zwar noch dem Flecken Salzhemmendorf, aber wir haben denen gesagt: ›Betreibt das, ihr müsst die laufenden Kosten einbringen.‹ Das hat den großen Vorteil, dass dann jetzt wirklich ehrenamtliches Engagement da läuft [...]. Also, da laufen viele Dinge, die wir als Gemeinde sonst so nie hingekriegt hätten.« (I1)

Man gewinnt den Eindruck, dass die Vereine im beschaulichen Salzhemmendorf das Herz des alltäglichen Lebens vor Ort ausmachen. Die Zivilgesellschaft fängt hier die Strukturprobleme und die überforderte Kommunalpolitik zumindest teilweise auf. In der Bürgergesellschaft hat sich ein noch größeres Netz gespannt: Zu nennen wären Freibäder in Trägerschaft von Vereinen, zwei Kindergärten in Trägerschaft von Elternvereinen sowie eine Bürgerhilfe, die an Bedürftige Essen und Kleidung ausgibt, sowie ein Kulturförderkreis. Diese zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse zusammengenommen stellen die wichtigsten Ansprechpartner für die Lokalpolitik und Verwaltung dar. Durch personelle Schnittstellen erscheinen sie miteinander eng verflochten und werden in unseren Gesprächen auch als ein bedeutender Grund dafür genannt, dass es sich in Salzhemmendorf »im Grunde gut leben lässt« (I1). Man versteht sich als Inbegriff des Gemäßigten, des Moderaten, als Ort des Ausgleichs, auch geografisch weder (zu) ländlich noch urban. Man bringe sich ein, passe aufeinander auf, agiere gemeinschaftlich. Füh-

rende Lokalpolitiker artikulieren ihren Anspruch, »für alle da« sein zu wollen, und vor allem den Ort »zusammenzuführen« (I1), womit insbesondere gemeint ist, mit dem Vereinswesen zusammenzuarbeiten.

Doch formulieren vergleichsweise stark geförderte und politisch gewünschte Vereine auch Ansprüche an Politik und Verwaltung. I1 sprach von »Vereinen, die ihr Recht einfordern«, die bedacht werden wollten – sei es mit Aufmerksamkeit, Präsenz des Verwaltungsleiters oder anderen (symbolischen) Privilegien. Zum Teil treten die starken Vereine betont selbstbewusst auf; aufgrund ihrer Bedeutung vor Ort, ihrer Bindekraft und in Ermangelung eigener Handlungsspielräume ist die Verwaltungsleitung den Vereinen gegenüber auch stets gesprächs- und konzessionsbereit. Das Anspruchsdenken der Vereine sei, so unsere Gesprächspartner aus der lokalen Politik, jedenfalls nicht kleiner geworden in den vergangenen Jahren. Gleiches gelte aber auch für deren Engagement im und für den Ort. Ein Lokalpolitiker sprach allerdings auch davon, dass die »Fördervereinskulisse« (I4) brösele. Vereine drohten wegzukippen. Ein Wettbewerb um den schwindenden Nachwuchs habe sich entwickelt, zumal Größe und Mitgliederzahl stets dazu dienten, den Verein im Ort zu legitimieren. Zudem, so sagte uns eine Vielfachengagierte, brächten sich immer nur die Gleichen ein: die Alteingesessenen, die Bekannten aus Politik, Verwaltung und Vereinswesen (I5). Dass sich an dieser Stelle ein gleichsam fester lokaler Kreis entwickelt habe, der über die (kommunalen) Belange und Themen Salzhemmendorfs entscheide, sie zumindest stark präge, das Leben und den Alltag insofern deutlich bestimme, vermittelte sich uns auch in weiteren Gesprächen, insbesondere mit Menschen, die nur zeitweise im Ort lebten und arbeiteten. Daraus resultiert zum einen, dass nur das als Thema erkannt und verhandelt wird, was (im eigenen sozialen Kreis) bekannt ist; und zum anderen, dass dieser hochaktive Verbund aus Vereinen, Verwaltung und Politik ausschließende Wirkung auf Dritte, »Nicht-Engagierte« oder Neuhinzugekommene haben kann, freilich aber nicht haben muss.

»Also, es ist ja ein eher kleiner Fleckenort. Er hat sich stark verändert in den letzten Jahren, in den letzten Jahrzehnten würde ich sagen. Das Ortszentrum hat sich etwas verlagert. Während so in unserer Kindheit das Ortszentrum [...] wirklich dann kleine, handwerkliche Betriebe hatte, vom Schlachter über Bäcker und Handelsbetriebe, ja, Gemüsehandel und einen kleinen Edeka, also mehrere Läden schon immer auch gewesen sind, Spar und was es da alles gab, hat sich das Ganze verlagert auf ein altes Industriegelände, was eher unten im alten Kernort war. Dort gibt es jetzt einen großen Supermarkt, es gibt Aldi usw. Es gibt dann größere Märkte, damit ist Salzhemmendorf so ein bisschen ein kleines Mittelzentrum geworden. Vielleicht ist es dadurch auch nicht mehr ganz so, dass jeder jeden kennt. Also es ist auch eine große Fluktuation in den Einwohnern [...]. Als ich Kind war, wohnten hier immer die gleichen Leute und man blieb hier wohnen und jetzt gehen viele

eben weg, weil hier die Arbeitssituation nicht die beste ist. [...] Dadurch hat sich so ein bisschen die Struktur des Ortes verändert. Das sind auf der einen Seite die Alteingesessenen, die hier schon immer waren, die man schon immer kennt, und es gibt ganz viele Leute, die kennt man einfach gar nicht. Die sind halt auch manchmal nicht lange da. Also auch in der Schule, da merkt man das auch, dass es so ein hin- und wegziehen ist, was es früher nicht so gab, oder ich habe es nicht so wahrgenommen als Kind.« (15)

In solche Erzählungen von einem im Wandel begriffenen bzw. einem sich bereits gewandelten Ort mischt sich die Klage, dass eine gewisse Anonymität Einzug gehalten habe, dass man sich vom Jeder-kennt-jeden längst entfernt habe. Salzhemmendorf stellt sich demzufolge als Ort zwischen Wandel und Kontinuität dar, woraus eine gewisse Grundspannung resultiert. Die Beharrung anzeigenden, wohl auch Sicherheit versprechenden und zunehmend sogar gestärkt in Erscheinung tretenden zivilgesellschaftlichen Verbindungen begegnen einer Bürgerschaft, die sie zwar (noch und teilweise) einzubinden vermag, die aber wegen sozialer Umbrüche und Veränderungen nicht mehr so umfassend ansprechbar erscheint wie vormals. Plakativer: Das Kur-Idyll – ohnehin eine Projektion, ein Werbebild mithin – hat Eintrübungen erhalten.

3.2 Der Anschlag

Der Brandanschlag im August 2015 war für die Gemeinde ein Schock. Wohl niemand hatte damit gerechnet, dass sich inmitten des Idylls und der eng vernetzten Bürgergesellschaft solch eine Tat abspielen könnte. Für einen ersten analytischen Zugriff werden im Folgenden zunächst die Ereignisse der Nacht vom 27. auf den 28. August 2015 dargestellt, um die Varianz der Reaktions-, Verhandlungs- und Deutungsformen nachvollziehen zu können. Grundlage für die Rekonstruktion der Ereignisse bilden vor allem die Dokumente der späteren Gerichtsverhandlung, die etliche dichte Beschreibungen vom Gewalthergang, über die Herkunft und Biografien der Täter bieten.¹⁵ Gerichtsdokumente können jedoch auch Verzerrungen be-

15 Zu den Chancen und Schwierigkeiten bei der Analyse von Ermittlungsakten im Kontext rechter Gewalt vgl. auch Willems, Helmut: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation, Opladen 1993, S. 105-110; vgl. auch zur Methode der Gerichtsaktenanalyse Backes, Uwe/Mletzko, Matthias/Stoye, Jan: NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich, Köln 2010, S. 108-112.

inhalten, unterliegen stets Selektionsvorgängen¹⁶, können auch schlichtweg falsch sein.¹⁷ Jedenfalls sind sie »Resultat spezieller Beobachtungsprozesse«¹⁸.

Klar ist jedenfalls, dass der Abend gegen 18.30 Uhr mit Bier und reichlich »Springer Urvater« begann.¹⁹ Gemischt mit Cola trank ihn Dennis in seiner Garage im Ortsteil Lauenstein gemeinsam mit Sascha, der spontan auf einen Besuch vorbeigekommen war. Die beiden späteren Täter hörten Musik, rauchten und redeten. Per *Whatsapp*-Nachricht luden sie Saskia ein, die wenig später zu ihnen stieß, und baten gegen 22 Uhr eine gemeinsame Freundin, eine weitere Flasche des hochprozentigen Weinbrands vorbeizubringen.²⁰ Und dann erhielt der Abend seine ganz eigene Dynamik: Aus den Boxen röhren nun Gruppen wie Sturmwehr, Brigade 66, Nordfront oder Kategorie C – allesamt einschlägige Bands der rechtsradikalen Szene. Das Gespräch kam auf Flüchtlinge (»Scheißasylanten«²¹), auf Heidenau und eine angeblich geplante Unterkunft in der Region (»dauert es nicht mehr lange, bis es in Flammen steht«). Sie sprachen auch über das Haus an der Hauptstraße 70, in dem früher die Grundschule war und wo nun 31 Asylsuchende aus Simbabwe, der Elfenbeinküste, Pakistan, Syrien und dem Irak sowie neun Bewohner mit deutscher Staatsangehörigkeit wohnten.

Was geschah, wird im Gerichtsurteil wie folgt festgehalten:

»In einer durch die gehörten und mitgesungenen Lieder mit gewaltverherrlichenden und rechtsradikalen Inhalten aufgeheizten Stimmung befindlich, entwickelten zunächst die Angeklagten L. [Dennis] und D. [Sascha, beides Anm. d. V.] den Plan, einen Molotowcocktail zu bauen. Diesen wollten sie entzündet in das Asylbewerberheim in der H. 70 in S. werfen, worüber sie sich besprachen. Das Gebäude sollte nach ihren Vorstellungen in Flammen aufgehen. Wenn dabei solche Asylbewerber, die sie als »Neger« bezeichneten, ums Leben kommen sollten, so nahmen sie dies als Folge hin.«²²

Sascha, Mitglied der freiwilligen Feuerwehr, wusste, wie man einen Molotowcocktail baut. Eine leere Flasche »Springer Urvater« diente als Gefäß; Sägespäne in Heizöl, Trichter, Benzin, der Streifen eines Putzlappens – sie machten ihre Arbeit akribisch und erklärten Saskia die einzelnen Arbeitsschritte, die an diesem

16 Vgl. Backes, Uwe/Haase, Anna-Maria/Logvinov, Michail: Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen, Göttingen 2014, S. 24.

17 Vgl. auch Schellenberg: Mügeln.

18 Ebd., S. 108.

19 Kampf, Lena/Leyendecker, Hans/Heide, Britta v.d.: Die Mitte brennt, in: Süddeutsche Zeitung, 30.11.2015.

20 Siehe Urteil des Landgerichts Hannover vom 17.3.2016, AZ 39 Ks 6524 Js 76932 (20/15).

21 Ebd., S. 10.

22 Ebd., S. 11.

Abend nichts trank und sich als Fahrerin zur Verfügung stellte. Im Urteil heißt es: Sie »billigte den Plan und wollte ihren Beitrag dazu leisten«²³.

Bevor sich die drei auf den Weg machten, veröffentlichte Sascha noch ein Foto auf seiner *Facebook*-Seite: Es zeigte ihn gemeinsam mit Dennis in der Garage. Online gestellt wurde es um 1.02 Uhr. Und schon saß Saskia hinter dem Lenkrad des VW »Golf II«, Sascha auf dem Beifahrersitz; Dennis hielt den Molotowcocktail. Unterwegs fiel Sascha ein, dass er als Feuerwehrkamerad noch seinen »Pieper« benötige, den er zu Hause liegen gelassen hatte. Weil Sascha vor seinen Kameraden nicht als unzuverlässig gelten und überdies nicht riskieren wollte, dass jemand daheim durch den Signalton geweckt würde, kehrten sie deshalb noch einmal um. Dabei tauschten Dennis, der »auserkorene Werfer des Molotowcocktails«²⁴, und Sascha ihre Plätze im Auto. Dennis sagte, er wolle nun einen »Neger« brennen sehen. Gegen zwei Uhr erreichte der Wagen das Haus an der Hauptstraße 70. Dennis stieg mit der benzingefüllten Flasche in der Hand aus, ging ein paar Meter in Richtung des Hauses, kehrte dann aber wieder um. In welches der beiden Fenster der Wohnung im Erdgeschoss er den Molotowcocktail denn werfen solle, fragte er. Er müsse das wissen, damit es auch die Richtigen treffe. Ins rechte Fenster solle er werfen, sagte Sascha, denn hinter dem anderen befinde sich ein Badezimmer. Dann ging Dennis los. Etwa zwei Meter vor besagtem Fenster blieb er stehen, entzündete den Putzlappenstoff, holte aus, schmiss, eilte zum Wagen zurück, stieg ein und rief: »Fahr, fahr, fahr!«²⁵ Saskia beschleunigte das Fahrzeug. »Die ging voll durch«, freute sich Dennis und alle drei brachen in Gelächter aus. Saskia sah im Rückspiegel, dass es brannte. Sie fuhren in Richtung Lauenstein.

Es dauerte nicht lange, bis Saschas Pieper Alarm meldete. Zu welchem Einsatz er gerufen wurde, war allen sofort klar. Saskia und Dennis fuhren Sascha zur Feuerwehr, setzten ihn an der Wache ab, damit er zu dem von ihm selbst verursachten Einsatz ausrücken konnte. Ein Kamerad roch zwar den Alkohol, doch weiter fiel Sascha nicht auf. Saskia und Dennis fuhren anschließend auf der L245 nach Hemmendorf, hielten dort an einer Tankstelle, kauften Zigaretten. »Wenn ein Neger stirbt, dann feiere ich richtig«²⁶, sagte Dennis, dem laut Gerichtsurteil zu diesem Zeitpunkt die Tragweite der Tat völlig klar gewesen sei. »Mit gefangen, mit gehangen, wenn das rauskommt, bin ich Single und du deine Kinder los«, waren seine Worte zu Saskia. Um 7:53 Uhr erhielt diese eine *Whatsapp*-Nachricht von ihrer Mutter: »und was hadt du wieder. Angestellt. In S. ????, und danach Molotovcocktail. In Asylbewerber. Heim geworfen??? Neee Neee Neeee [sic!]«; eine Dreiviertel-

23 Ebd., S. 12.

24 Ebd., S. 14.

25 Ebd., S. 15.

26 Ebd., S. 17.

stunde später antwortete Saskia: »Wir haben alle artig haia gemacht aber Schad ja nix«. ²⁷

Diese Kurznachricht der Mutter an Saskia lässt aufhorchen, weil sie darin ihre Tochter unvermittelt mit dem Molotowcocktail zu einem Zeitpunkt in Verbindung bringt, zu dem die Täterschaft noch nicht publik geworden war. Unklar bleibt, ob es sich dabei um eine ironisch gemeinte Nachricht handelte oder um eine Art mütterliche Vorahnung, die zynischerweise sogar ein gewisses Lob enthielt. Für Sascha war der Einsatz um 3:30 Uhr beendet. Nach ein paar Stunden Schlaf fuhr er in eine nahegelegene Werkstatt, wo er am Auto seines Vaters arbeitete. Zuvor hatte er noch das Foto aus der Garage aus seinem *Facebook*-Profil gelöscht – Dennis hatte ihn darum gebeten. Um kurz nach 17 Uhr wurde er festgenommen, gestand, nannte die Namen von Saskia und Dennis, die noch am Abend ebenfalls festgenommen wurden.

3.3 Reaktionen: ein Akt in drei Phasen

Retrospektiv betrachtet fällt auf, dass die Lokalpolitik, die Verwaltung, aber auch die Medien und die Bürgerschaft unterschiedlich auf den Brandanschlag reagierten – nicht nur unmittelbar danach, sondern auch im zeitlichen Verlauf, als die Gemeinde versuchte, den Anschlag zu »verarbeiten« und wieder in den Alltag zurückzufinden. Spezifisch-politische Reaktionsformen offenbaren ebenso wie der dann gefundene lokalpolitische Umgang einiges des politischen Selbstverständnisses einer Gemeinde und ihrer zivilgesellschaftlichen wie politischen Träger. Sie erlauben zumindest in Ansätzen bzw. Ausschnitten eine Annäherung an das Normgerüst dieser südniedersächsischen Kleinstadt.

Die politischen Reaktionen und Kommentierungen des Ereignisses lassen sich – vereinfacht – in drei Phasen zusammenfassen. Die erste Phase zeichnet sich – trotz des Schocks – durch eine politisch und medial routinierte Reaktion aus, die zwischen Beschwichtigung, einzelnen Skandalisierungsbestrebungen sowie dem Appell für ein bürgerschaftliches Zusammenstehen gegen Rechtsradikalismus changierte und freilich manch stanzenhaften Erklärungsversuch bereithielt. Dabei herrschte unmittelbar nach dem Anschlag die größte Betriebsamkeit; Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker schalteten sich mit einer Vielzahl von Wortmeldungen ein; eine Gruppe um den Landrat organisierte eine Art Krisenmanagement vor Ort. Der niedersächsische Ministerpräsident war bereits am Morgen nach der Tat nach Salzhemmendorf gefahren und gab dort Interviews vor dem Haus an der Hauptstraße. Der Jurist Stephan Weil gab sich betont entschlossen: »Um

27 Ebd., S. 18; die fehlerhafte Rechtschreibung ist übernommen worden.

es klar zu sagen: Das war versuchter Mord«²⁸. Die Ereignisse der vergangenen Nacht seien »die schwerwiegendsten Vorgänge, die wir in Niedersachsen in den letzten Monaten und Jahren erlebt haben«²⁹. Die SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Johanne Modder, sagte: »Ich hoffe, dass die Ermittlungsbehörden die Verantwortlichen schnell finden und diese dann die volle Härte unserer Strafgesetze zu spüren bekommen.«³⁰ Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Landtag, Helge Limburg, teilte mit: »Spätestens jetzt muss klar werden, dass wir es mit einer Vorstufe des Terrorismus zu tun haben.«³¹ Und die damalige SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi bezeichnete den Anschlag als »offene[n] Terrorismus«³². Die Verurteilung der Tat – Innenstaatssekretär Stephan Manke sprach von einer »feigen und widerwärtigen Tat«³³, eine Wendung, die in den ersten Tagen häufig benutzt wurde – hatte Priorität; meistens gepaart mit Bekundungen der Solidarität mit den Opfern.

Über die Existenz und Bedeutung einer »rechten Szene« in der Region wurde zu diesem frühen Zeitpunkt hingegen vergleichsweise wenig diskutiert. Der SPD-Landtagsabgeordnete Ulrich Watermann warnte jedoch nach der Festnahme der Täter davor, die Sache als abgeschlossen zu betrachten: »Wir müssen aus den Fehlern mit dem NSU lernen und nach Strukturen suchen.«³⁴ Sich einzureden, in der Region gebe es keine rechten Netzwerke, so Watermann, reiche nicht. Während einer Pressekonferenz am Mittag nach dem Brandanschlag waren der Bürgermeister des Fleckens (»Eine Tat von Einzelnen«) und der Landrat (»Wir haben hier niedersächsische Verhältnisse«³⁵ und keine sächsischen: einen wütenden Mob auf der Straße gebe es nicht) zunächst bemüht, die Tat getrennt von übergeordneten rechtsradikalen Strukturen in der Region zu kommentieren. Vielmehr legten sie Wert darauf, das Ereignis mit der Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis zu

28 Zit. nach Speit: Brandanschlag auf Flüchtlinge, 29.08.2015, S. 54.

29 Zit. nach o.V.: Hunderte demonstrieren gegen Fremdenhass, in: Spiegel Online, 28.08.2015, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/anschlag-in-salzhemmendorf-hunderte-demonstrieren-gegen-fremdenhass-a-1050455.html> [eingesehen am 13.03.2019].

30 Zit. nach o.V.: SPD-Landtagsfraktion verurteilt Anschlag, in: Deister- und Weser-Zeitung, 28.08.2015.

31 Zit. nach Speit, Andreas: Brandstiftung mit Folgen für die Täter, in: taz, 31.08.2015.

32 Zit. nach ebd.

33 Zit. nach o.V.: Verdächtige nach Anschlag auf Flüchtlingsheim gefasst, in: Welt Online, 30.08.2015, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article145784935/Verdaechtige-nach-Anschlag-auf-Fluechtlingsheim-gefasst.html?wtrid=onsite.onsitesearch> [eingesehen am 13.03.2019].

34 Zit. nach Aschmann, Matthias/Kießler, Jörn: Der Schock sitzt tief, in: Deister- und Weser-Zeitung, 30.08.2015.

35 Videos von der Pressekonferenz anlässlich des Brandanschlags vom 28.08.2015 sind auf YouTube einsehbar – hier von »WBNachrichten« am 28.08.2015 hochgeladen, URL: https://www.youtube.com/watch?time_continue=2&v=G_nKuzYsXMg [eingesehen am 20.01.2019]. Alle Zitate im Folgenden entstammen dieser Pressekonferenz.

verknüpfen. Dem »Versuch, Menschen umzubringen«, stehe »eine überbordende Hilfsbereitschaft« im Weserbergland gegenüber, sagte der Landrat während der Pressekonferenz. Man werde »nicht einen Millimeter zurückweichen«, sondern umgekehrt »noch viel intensiver und viel offener gegenüber Flüchtlingen auftreten«. »Jämmerlich« sei es, von einer Überforderung der Kommunen zu sprechen: »Wir werden das hier in Hameln-Pyrmont exemplarisch zeigen und vormachen. [...] Es ist kein Problem. Wir werden das schaffen.« Und der Bürgermeister betonte: »Bei uns wird Integration gelebt [...]. Ich bin mir sicher, dass die Verbrecher genau das Gegenteil von dem erreicht haben, was sie wollten. Nämlich ich gehe davon aus, dass die Hilfsbereitschaft der Salzhemmendorfer Bürgerinnen und Bürger in Zukunft sogar noch steigen wird.« Nach dem Anschlag habe sich eine »Jetzt-erst-recht-Mentalität«³⁶ entwickelt, durch die auch solche Salzhemmendorfer aktiv geworden seien, die sonst vielleicht nicht geholfen hätten. Er schränkte ein: »Natürlich gibt es auch bei uns – genau wie in jedem anderen Ort – Menschen, die rechtem Gedankengut anhängen.«³⁷

Mit dieser Äußerung stellte der Bürgermeister darauf ab, dass Salzhemmendorf letztlich ein Ort wie jeder andere sei, keinesfalls eine Ausnahme darstelle. Auch komme es auf die Definition an, was unter einer rechten Szene genau verstanden werde. Rechte Gesinnung werde in Salzhemmendorf vom »Hauptteil der Bevölkerung« nicht toleriert, sagte er. Aber Personen, die sich in diese Richtung politisch orientierten, auszuschließen, sei auch keine Lösung. »Dadurch erreicht man nur, dass diese sich radikalisieren«³⁸, äußerte der Bürgermeister. Mit der eingangs erwähnten Demonstration für »Gute Nachbarschaft« am Nachmittag nach dem Brandanschlag, an der sich eine Vielzahl von Gruppen beteiligten und deren Organisation zentral vom Landratsamt ausging, kam diese erste Phase der unmittelbaren politischen Reaktionen zu ihrem Abschluss.

In der zweiten Phase, die etwa bis zum Prozessauftritt andauerte und deutlich weniger stark von den Medien begleitet wurde, standen zwei kommunalpolitische Schriften im Mittelpunkt der (lokalen) Debatte, wohingegen überregionale Reaktionen weitgehend pausierten. Beide Schriften sind lokalpolitische Reaktionen auf den Brandanschlag, die jeweils darauf abzielen, die Debatte (im Sinne der Verfasser) zu beeinflussen. Dabei handelte es sich um einen offenen fünfseitigen Brief des Landrats an die Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Ministerpräsidenten Stephan Weil, in welchem der Verfasser im Wesentlichen daran anknüpfte, was er bereits auf der Pressekonferenz gesagt hatte. Er spricht darin erneut von

36 Zit. nach Schaper, Maike Lina: Ein Jahr nach dem Brandanschlag, in: Deister- und Weser-Zeitung, 27.08.2016.

37 Zit. nach Aschmann/Kießler: Der Schock sitzt tief, 30.08.2015.

38 Zit. nach ebd.

einem »feigen Anschlag«³⁹: »Die Täter haben aus Hass gegenüber fremden Menschen gehandelt.« Weiter heißt es: »Wir sind ein Landkreis, der sich der Aufgabe der Zuwanderung gerne stellt und eine große Chance in der Zuwanderung sieht. Eine überdurchschnittliche große Zahl hilfsbereiter Bürger macht das Ankommen leichter, unsere Bürgermeister stehen geschlossen für eine Willkommenskultur.« Im ganzen Land gebe es einige Menschen, die fremden- und menschenfeindlich dächten und aus dieser Überzeugung sogar schwerste Straftaten verübten: »Diese Menschen leben unter uns«, schreibt der Landrat; »es ist aber nicht die Mehrheit, es sind sogar so wenig, dass ihre Parteien bei Auszählungen noch nicht einmal namentlich erwähnt werden. Das gilt fast überall im Land.« Die AfD, die bei der Bundestagswahl 2013 im Landkreis Hameln-Pyrmont vier Prozent der Stimmen⁴⁰ und bei der Europawahl 2014 6,1 Prozent der Stimmen⁴¹ erhielt, zählte der Landrat offenkundig nicht zu diesen Parteien. Weiter heißt es: »Wir sind ein Landkreis der offenen Herzen, wir strecken unsere Hände entgegen und leben in guter Nachbarschaft. Unsere Antwort auf diesen Anschlag lautet: Mehr Menschlichkeit, Mehr Hilfe, Mehr Zuwanderung.«

Das Schreiben gleicht einem flammenden Plädoyer für die damalige Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik der Bundesregierung. Zwar entstanden Kosten durch Unterbringung, doch »am Ende werden die Kommunen wie auch das gesamte System von der Zuwanderung profitieren«: So zahlten »Menschen mit Migrationshintergrund« mehr in die Sozialkassen ein, als sie ihnen entnahmen. »Deutschland ist ein Zuwanderungsland und ist es immer gewesen. Und das ist ein Glück, denn ohne die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte wären wir heute ein sieches Land«, schreibt der Landrat und verweist auf den demografischen Wandel und Fachkräftemangel. Etlichen »können wir eine Bleibeperspektive eröffnen«. Er endet, indem er sich unter der Überschrift »Nachbar sein« mit einer Frage an seine Mitbürger wendet: »Selbst wenn wir eine Turnhalle kurzzeitig für die Unterbringung nutzen müssen: Was ist ein ausgefallener Sportvereinskurs gegen existenzielle Not?«

Der Landrat wirbt also überaus offensiv für Offenheit beim Thema Zuwanderung. Er sieht Migration grundsätzlich als Chance für den Landkreis, sich zu profilieren und weiterzuentwickeln. Mehr noch: Sozial, kulturell sowie wirtschaftlich

39 Hier wie im Folgenden Bartels, Tjark: Offener Brief zur Flüchtlingspolitik, Konsequenz aus den Anschlägen an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Stephan Weil, 02.09.2015, URL: https://www.hameln-pyrmont.de/media/custom/2561_390_1.PDF?1441265445 [eingesehen am 12.03.2019].

40 Siehe Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2013. Endgültiges Ergebnis, Statistiken des Bundeswahlleiters, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2013/ergebnisse/bund-99/land-3/wahlkreis-46.html> [eingesehen am 21.01.2019].

41 Siehe Bundeswahlleiter: Europawahl 2014. Endgültiges Ergebnis, Statistiken des Bundeswahlleiters, URL: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2014/ergebnisse/bund-99/land-3/kreis-3252.html> [eingesehen am 21.01.2019].

stellten die Zugewanderten eine umfassende Chance für die Region dar, eine Bereicherung, wenn man ihnen nur entsprechend begegnete. Sein Schreiben steht für ein seitens politischer Verantwortungsträger plakativ ausformuliertes Versprechen, das – wie im Folgenden noch ausgeführt wird – öffentlich widerspruchslös manche Enttäuschung im Kontext des Flüchtlingszuzugs in der Region zumindest mitproduziert haben könnte. Von lokalen Politikern wurde der Brief im Allgemeinen positiv bewertet. Die Lokalzeitung titelte: »Beifall für Bartels«⁴². Nur »in Nuancen« existierten unterschiedliche Auffassungen, sagte der CDU-Kreis-Chef und bemängelte, dass der Landrat »die Begrifflichkeiten nicht sauber getrennt« habe – Flüchtlinge seien keine Zuwanderer –, und betonte, es sei »unsere verdammt Pflichten, dafür zu sorgen, dass Flüchtlingsheime sicher sind«.⁴³

Eine zweite schriftliche Einordnung verfassten Salzhemmendorfer Gemeinderäte. In ihrer Stellungnahme vom 10. September 2015 schrieben sie: »Wir wollen, dass der Flecken Salzhemmendorf bunt bleibt und wir stehen an der Seite der Flüchtlinge – jetzt erst recht!«⁴⁴ Die Verfasser sprechen von einem »rücksichtslosen, menschenverachtenden und feigen Brandanschlag [...] – verübt von Mitbürgern aus unseren Ortsteilen«, der sie erschüttert und zugleich beschämt habe. Die Tat zeige, dass »die Hassparolen aus dem rechten politischen Spektrum leider auch in unserem Umfeld vereinzelt auf Widerhall stoßen«. Auffällig ist, dass hier zugleich Anerkennung (»aus unseren Ortsteilen«) und Externalisierung (»vereinzelt auf Widerhall«) vorkommen. Einen Ausweg stellt der Ruf nach entschlossenem Bürgerengagement dar. Die Kommunalpolitiker wenden sich an die Menschen der Gemeinde, in ihrem Engagement nicht nachzulassen und »weiter wie bisher offen auf unsere Flüchtlinge und Asylbewerber« zuzugehen und sie »aktiv in unsere Mitte« einzuladen. Der »Salzhemmendorfer Weg« sei jedenfalls ein »Gebot der Nächstenliebe« und der einzig richtige. Zudem riefen die Gemeinderäte zu »noch mehr Wachsamkeit und Zivilcourage« auf, auch dazu, radikalen Parolen entgegenzutreten und die Sicherheitsbehörden zu unterstützen. In beiden Schriftstücken zeigt sich, dass die kommunalpolitischen Verfasser als Antwort auf Rechtsradikalismus (mehr) Bürgerengagement in Stellung bringen. Hierbei dient die Flüchtlingshilfe als das bürgerschaftliche Profilierungsfeld schlechthin, entsprechend gezeigtes Engagement färbe auf die Gemeinde und den Landkreis ab.

Den Veröffentlichungen des Land- sowie des Gemeinderats, so unsere Gesprächspartner, seien weder kontroverse Debatten vorausgegangen noch hätten sich solche angeschlossen; sie seien recht einmütig mit ebendiesen Schwerpunkten formuliert, verabschiedet und für geboten befunden worden. Nur Einzelpersonen

42 Henke, Frank: Beifall für Bartels, in: Deister- und Weser-Zeitung, 03.09.2015.

43 Zit. nach ebd.

44 Auszugsweise veröffentlicht in o.V.: »Wir stehen an der Seite der Flüchtlinge – jetzt erst recht!«, in: Deister- und Weser-Zeitung, 11.09.2015.

hätten sporadisch Kritik an der Art der Auseinandersetzung des Gemeinderates mit dem Ereignis angemeldet. Ein Ortsratsmitglied sagte außerhalb einer Sitzung: »Der individuelle Musikgeschmack heißt noch lange nicht, dass jemand auch gewaltbereit ist.«⁴⁵ Ein weiterer Gemeinderat (I4) erzählte uns im Gespräch, dass ihnen »gewissermaßen die Hände gebunden« gewesen seien. Der Druck von außen, die Erwartungshaltung, sei so hoch gewesen, dass eine ernsthafte Aufarbeitung der Ereignisse zu dieser Zeit nicht möglich gewesen sei. Gemeint waren insbesondere der mediale Druck, Anrufe und Nachfragen von Journalisten.

Prozessaufakt und -ende bildeten eine abschließende dritte Phase der politischen Kommentierung. Hier überwog die positive Bewertung eines als intakt und funktionierend wahrgenommenen Rechtsstaates, wovon Prozess und Urteil eindrücklich zeugt hätten. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius sah im Urteil »ein wichtiges Signal angesichts der angestiegenen rechten Gewalt«; der Rechtsstaat sei handlungsfähig und »fest entschlossen im Kampf gegen Extremismus jeglicher Couleur«.⁴⁶ Hinsehen sei angesagt – ob in der Schule, im Sportverein »oder, wie wir in diesem Fall gesehen haben, in der Freiwilligen Feuerwehr«. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Niedersächsischen Landtag, Anja Piel, lobte ebenfalls den Rechtsstaat und fügte hinzu: »Die Zivilgesellschaft muss sich dem Hass entgegenstellen. Dazu gehört auch, Ermittlungen aktiv zu unterstützen, wie es in Salzhemmendorf passiert ist.«⁴⁷ Michael Höntsches, SPD-Landtagsfraktionssprecher zum Thema Rechtsextremismus, sagte: »Wer Straftaten begeht, hat die Konsequenzen dafür zu tragen. [...] Die Demokratie muss wehrhaft bleiben.«⁴⁸ Entsetzt und besorgt sei er über die Hintergründe der Tat und das ausgeprägte rechte Gedankengut der Tätergruppe.

In dieser Phase fanden sich einige Wiederholungen in den Debattenbeiträgen; so wies beispielsweise der Bürgermeister abermals darauf hin, dass es sich bei den Tätern ja nicht um »die typischen Rechtsradikalen, die Glatzköpfe in Springerstiefeln«⁴⁹, gehandelt habe – mit Heidenau sei Salzhemmendorf nicht zu vergleichen. Die Beschreibung von Äußerlichkeiten – für sich bereits fraglich, ob das Salzhemmendorfer Trio unter den Randalierern in Heidenau herausgestochen hätte – genügte an dieser Stelle offenbar, um sich mittels Ost-West-Abgrenzung zu distanzieren. Doch wurden auch Erweiterungen vorgenommen: der Hinweis auf rechtsstaatliche Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit gegenüber Rechtsradikalismus, das Lob und der Appell an die Zivilgesellschaft, weiter hinzusehen, so

45 Zit. nach Schaper, Maïke Lina: Rechte Tendenzen frühzeitig erkennen, in: Deister- und Weser-Zeitung, 30.11.2015.

46 Zit. nach o.V.: Stimmen zum Urteil im Salzhemmendorf-Prozess, in: Deister- und Weser-Zeitung, 17.03.2016.

47 Zit. nach ebd.

48 Zit. nach ebd.

49 Zit. nach Burghardt, Peter: Rauchzeichen, in: Süddeutsche Zeitung, 10.02.2016.

wie die Referenz an die sich selbst verteidigende Demokratie. Dafür stehe das Urteil des Landgerichts Hannover. Auch das Vorgehen der Polizei wurde gelobt – nicht erst während des Prozesses, sondern bereits deutlich zuvor. Nach Auswertung von Spuren, Zeugenaussagen sowie »aufgrund von Vorerkenntnissen der Polizei«⁵⁰ konnten die Täter rasch gefasst werden. Die zügige Festnahme sei der Aufmerksamkeit der Bevölkerung und »der unverzüglichen konsequenten Ermittlungsarbeit der Soko zu verdanken«⁵¹, teilte die Polizei mit. Anders als andernorts hätten sich Polizei und Politik in Salzhemmendorf entschlossen gezeigt und seien deshalb auch erfolgreich gewesen, reproduzierten Medien die Erfolgserzählung der Polizei.⁵²

In diesen drei Phasen der in erster Linie politischen Reaktion auf den Brandanschlag verhandelte Salzhemmendorf vor allem die Auswirkungen der Tat: Sowohl die Lokal- als auch die Landespolitik betonte hierbei die Singularität des Ereignisses, die soziale Isolierung der Täter und das entschlossene Entgegentreten der Bürgerschaft gegen Rechtsradikalismus – nach dem Anschlag.

3.4 Einordnungen der Medien: Flüchtlingsschutz, Ost-West-Vergleiche und der »rechts blinde« Verfassungsschutz

Diverser als in der Landespolitik wurde medial um Einordnungen des Anschlags gerungen. Im Nachhinein lassen sich Reaktionen und anschließende Deutungen der Medien in verschiedenen Zyklen beschreiben, in denen Themenschwerpunkte auf eine spezifische Weise aufgegriffen, kommentiert und interpretiert wurden. So bildete sich – schon rein quantitativ – ein erster Schwerpunkt der Berichterstattung mit hohem Rechercheanteil unmittelbar im Anschluss an die Tat; er hielt fünf Tage an. Zum Prozessaufakt sowie zur Urteilsverkündung waren jeweils weitere Spitzen der Berichterstattung zu erkennen, die punktuell Anlass für Reportagen und Kommentare boten. Diese Spitzen traten umso deutlicher hervor, je stärker das jeweilige Medium auf eine bundesweite Ausrichtung in seiner Berichterstattung setzte. Die lokalen Medien – hier insbesondere die *Deister- und Weser-Zeitung*, aber auch die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* – berichteten häufiger auch jenseits der genannten Berichterstattungsspitzen.

Die Medien im Allgemeinen sehen sich einer regelmäßigen Kritik an ihrer Berichterstattung über rechte Gewalt ausgesetzt.⁵³ Auch Wissenschaftler arbeiteten

50 Zit. nach o.V.: Verdächtige nach Anschlag auf Flüchtlingsheim gefasst, 30.08.2015.

51 Zit. nach o.V.: Nach dem Brandanschlag – Polizei verhaftet drei Verdächtige, in: *Deister- und Weser-Zeitung*, 28.08.2015.

52 Jörges, Hans-Ulrich: Rechts blind, in: *Stern*, 03.09.2015.

53 Vgl. Kraske, Michael: Blinde braune Flecken, in: *Mediendienst Ost*, Mai 2017, URL: www.mediendienst-ost.de/blinde-braune-flecken/ [eingesehen am 18.01.2018].

bereits in Bezug auf frühere Anschläge bzw. die Berichterstattung darüber journalistische Defizite heraus und sprachen von »einer Tendenz zu einer entpolitisierten Darstellung«⁵⁴ von Rechtsradikalismus in Lokalmedien. Diese sind zugleich natürlich auch Debattenbeschleuniger, die mit ihren Interventionen und Rechercheergebnissen die Agenda mitgestalten. Überregionale Medien recherchierten tendenziell früher und tiefergehend. NDR, WDR und *Süddeutsche Zeitung* veröffentlichten unter der Überschrift »Weinbrand und Benzin«⁵⁵ rasch zahlreiche Details zur Tat, welche sodann die Lokalzeitung aufnahm (»Tatverdächtige belasten sich gegenseitig«⁵⁶); dasselbe gilt für Recherchen des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*⁵⁷ (»Dennis L. warf den Molotowcocktail«⁵⁸).

Überregionale Medien stellten die Tat von Salzhemmendorf in größere Zusammenhänge und sahen in der Häufung von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte eine »neue Qualität«⁵⁹ erreicht. Als singuläres Ereignis wurde der Salzhemmendorfer Anschlag nicht mehr gedeutet, ganz im Gegenteil. »Der Terror ist schon da«⁶⁰ und »rechter Terror ist in Deutschland Normalität«⁶¹ geworden, hieß es beispielhaft. Wie viel System hinter den Flüchtlingsangriffen stecke, fragte *Die Welt*.⁶² Zum einen fand eine Deutungsauseinandersetzung statt um die Bewertung von »rechtem Terror«; von lokalen Pogromstimmungen war die Rede und Vergleiche zu den Angriffen von Mölln, Solingen und Hoyerswerda wurden gezogen: Es »grenzt an ein Wunder, dass durch die neue Gewaltwelle noch niemand zu Tode gekommen ist«⁶³. Zum anderen ging es um die Bewertung und Einordnung von Radikalisierungsmomenten. Auch die Themen Onlineradikalisierung und Hass im Netz wurden mit dem Brandanschlag von Salzhemmendorf verknüpft.⁶⁴

54 Strobl/Würtz/Klemm: Demokratische Stadtkultur als Herausforderung, S. 261.

55 Kampf, Lena: Weinbrand und Benzin, in: *Süddeutsche Zeitung*, 05.09.2015.

56 O.V.: Nach dem Anschlag – Tatverdächtige belasten sich gegenseitig, in: *Deister- und Weser-Zeitung*, 04.09.2015.

57 O.V.: 30-Jähriger gesteht Brandanschlag in Salzhemmendorf, in: *Spiegel Online*, 04.09.2015, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/salzhemmendorf-30-jaehriger-gesteht-brandanschlag-a-1051549.html> [eingesehen am 13.03.2019].

58 Heide, Britta v. d./Baars, Christian: »Dennis L. warf den Molotowcocktail«, in: *Deister- und Weser-Zeitung*, 04.09.2015.

59 Polke-Majewski, Karsten: Das ist rechter Terror, in: *Zeit Online*, 04.03.2016, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/rechtsextremismus-terror-fluechtlinge-nauen> [eingesehen am 13.03.2019].

60 Litschko, Konrad: Der Terror ist schon da, in: *taz*, 29.08.2015.

61 Boekhoff, Lisa: Rechter Terror ist in Deutschland Normalität, in: *Berliner Zeitung*, 09.02.2016.

62 Müller, Uwe/Stukenberg, Timo/Sundermeyer, Olaf: Das Neonazi-Netz hinter den Flüchtlingsangriffen, in: *Welt Online*, 30.08.2015, URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article145789205/Das-Neonazi-Netz-hinter-den-Fluechtlingsangriffen.html?wtrid=onsite.onsitesearch> [eingesehen am 13.03.2019].

63 Gude, Hubert: Besorgte Brandstifter, in: *Der Spiegel*, 06.02.2016.

64 Siehe Rentzsch, Felix: Erst Kommentare, dann Brandsätze, in: *Welt kompakt*, 11.04.2016.

Überregionale Medien bewerteten die Ereignisse überdies im Kontext der sogenannten Ost-West-Debatte: dass Rechtsradikalismus ein gesamtgesellschaftliches Problem sei, bei dessen Bewältigung der Westen nicht auf den Osten zeigen dürfe, der Osten sich aber auch nicht stigmatisiert fühlen sollte, sondern gegen Rechtsradikalismus vorzugehen habe.⁶⁵ Was der Staat gegen rechte Anschläge unternehmen müsse und welche Rolle der Staatsschutz dabei spiele, wurde ebenfalls entlang von Fragen der Inneren Sicherheit thematisiert. Ein harsches Urteil fällt Hans-Ulrich Jörges vom *Stern* über die Arbeit des Verfassungsschutzes: »Ein besonders trübes Bild bietet in diesen Tagen der Verfassungsschutz. Trotz seines Spitzelheeres liefert er keine Hinweise auf Täter, Pläne und Anschläge. Womöglich ist ein terroristisches Netzwerk nach dem Vorbild des mörderischen NSU am Werk. Doch die Verfassungsschützer tapen im Dunkeln, wie über mehr als ein Jahrzehnt angeblich schon beim NSU. Rechts blind. Immer noch.«⁶⁶

Die lokalen Medien rangen indes zunächst um Erklärungen. »Der Anschlag reißt uns aus der komfortablen Illusion, so etwas könnte nur woanders passieren. [...] Wir müssen den dumpfen Ressentiments und Sündenbock-Reflexen entgegenreten. Flagge zeigen für Toleranz, Mitmenschlichkeit und Rechtsstaat. Nicht defensiv, sondern mit allem Selbstbewusstsein. Denn wir sind die Mehrheit.«⁶⁷ Anders als Anfang der 1990er Jahre gebe »es heute eine sehr breite, sehr fühlbare Solidarität mit Flüchtlingen. [...] Auch in Salzhemmendorf wird die Willkommenskultur nicht nur verlautbart, sondern von vielen Menschen gelebt.«⁶⁸ Die erste Person Plural drückt zum einen aus, dass der Kommentator, Frank Werner, sich zwar eindeutig selbst auf der Seite derjenigen verortet, die den Anschlag verurteilen; zum anderen aber bleibt dieses »Wir« unbestimmt. Wen genau meint der Autor mit »wir«? Auch die HAZ benutzt das »Wir«, meint damit offenkundig die »Mitte der Gesellschaft«, die nicht schweigen dürfe. In einem Meinungsbeitrag heißt es:

»Es sind keine Einzelgänger. [...] Sie stehen nicht am Rand von Salzhemmendorf, sondern gehören dazu, und viele nahmen ihre Gesinnung schweigend hin. [...] Ja, auch hier gibt es eine Neonazi-Szene, die mal leiser, mal lauter von sich hören lässt. Sie marschieren in Bad Nenndorf auf, verbreiteten mit ›Besseres Hannover‹ in der Landeshauptstadt ihr Gedankengut, sie verteilen Flyer in unseren Gemeinden. Es gibt eine rechtsextremistische Braunschweiger Szene, deren Mitglieder seit Neuestem auch in Hildesheim aktiv sind. Die Lehre aus Salzhemmendorf ist: Es reicht nicht, wenn Polizei und Verfassungsschutz die organisierte rechte Szene im Auge haben. Wir alle müssen sensibler dafür sein, dass es rechtsextremes

65 Siehe Arntz, Jochen: Der Osten fühlt sich stigmatisiert, in: Berliner Zeitung, 31.08.2015.

66 Jörges: Rechts blind, 03.09.2015.

67 Werner, Frank: Ende der Illusion, in: Deister- und Weser-Zeitung, 28.08.2015.

68 Ebd.

Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft gibt – und wir dürfen es nicht einfach schweigend hinnehmen.«⁶⁹

Die Deutung, dass es sich um Einzeltäter gehandelt haben könnte, fand sich nicht.

In den beiden genannten Regionalzeitungen blieb es zunächst bei der recht diffusen wie wohl immer gültigen Aufforderung, hinzuschauen, die anschließend verknüpft wurde mit einem Blick auf Polizei, Politik und Verwaltung, indem sie kurz nach der Tat der Frage nachgingen: »Wie gut geschützt sind die Flüchtlinge im Landkreis vor rechter Gewalt?«⁷⁰ Die Bewohner des Hauses an der Hauptstraße 70, die Opfer, rückten zugleich ins Zentrum ihrer Berichterstattung. In den Erstreaktionen war es noch kaum um sie gegangen, jedenfalls standen sie noch nicht im Fokus der Betrachtung. Doch nun erfuhr man beispielsweise, dass die Frau, die mit ihren Kindern in der Wohnung lebte, in welche der Brandsatz flog, »im diktatorisch regierten Simbabwe ihren Ehemann verloren«, ihr der Anschlag »psychisch zusätzlich große Wunden geschlagen« habe.⁷¹

Auch wenn sich bei den Lokalmedien Stereotype in die Berichterstattung mischten, wie beispielhaft eine Beurteilung des Landesverfassungsschutzes, die man als »Einschätzung der Schlapphüte«⁷² bezeichnete, oder die Bebilderung eines Artikels zum Thema »Neonazis und Vereine«, auf der Springerstiefel mit weißen Schnürbändern zu sehen waren und unter der eine Zeile stand, die für die 1990er Jahre partiell Gültigkeit gehabt haben mag (»Springerstiefel sind bei Anhängern der rechten Szene beliebt«⁷³), haben die Lokalmedien doch eine Vielzahl von Aspekten, einschließlich Perspektivwechsel und Kontextualisierungen des Ereignisses, recht kontinuierlich über die drei Phasen hinweg journalistisch aufbereitet. Auch Vorstellungen von einem Rechtsradikalismus, der sich stark am offensiven öffentlichen Auftreten kameradschaftlicher, neonazistischer Gruppen der 1990er Jahre ausrichtete, fanden sich, wie ebenfalls in unseren Interviews in Salzhemmendorf, wie noch zu zeigen sein wird.

Darüber hinaus war man um »positive Schlagzeilen« wenige Tage nach dem Brandanschlag bemüht, und so wurde der Sportverein als Beispiel dafür porträtiert, »wie Integration gelebt wird«⁷⁴. In den Fußballmannschaften von Blau-Weiß Salzhemmendorf, erfährt der Leser in dem Text, spielten drei Flüchtlinge von der Elfenbeinküste, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels selbst im Haus

69 Doecke, Karl: Genau hinschauen, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 02.09.2015.

70 O.V.: Wie gut geschützt sind die Flüchtlinge?, in: Deister- und Weser-Zeitung, 31.08.2015; vgl. o.V.: Die Polizei schützt Flüchtlinge, aber wo?, in: Deister- und Weser-Zeitung, 01.09.2015.

71 O.V.: Die Angst ist noch da, in: Deister- und Weser-Zeitung, 01.09.2015.

72 Behmann, Ulrich: Brandstifter im Netz, in: Deister- und Weser-Zeitung, 19.01.2016.

73 Schaper, Maïke Lina: Neonazis und Vereine, in: Deister- und Weser-Zeitung, 02.01.2016.

74 Muschik, Moritz: Es gibt keine Berührungängste, in: Deister- und Weser-Zeitung, 03.09.2015.

an der Hauptstraße wohnten. Der Fußballverein erscheint als vorbildlicher Integrationsfaktor, der durch die Berichterstattung der Lokalzeitung als Beispiel dafür angeführt wird, dass Salzhemmendorf Flüchtlinge in den Alltag – in dem, wie gezeigt, Vereine eine bedeutende Rolle spielen – aufzunehmen vermag.

Schließlich wird auch über den Prozess ausführlich berichtet. Im Vordergrund stand vor allem die Höhe des Strafmaßes. Jedenfalls hielt die Lokalzeitung es für relevant, ihren Lesern unter der Überschrift »Misst die Justiz mit zweierlei Maß?«⁷⁵ zu erläutern, aus welchen Gründen der Salzhemmendorf-Prozess mit »langen Haftstrafen« gegen die Täter endete, während zwei libanesische Flüchtlinge, die in der Linsingen-Kaserne Feuer gelegt hatten, Bewährungsstrafen erhielten. Diese Frage hätten Bürger »in sozialen Netzwerken«⁷⁶ gestellt, heißt es in dem betont sachlich geschriebenen Bericht. Zum Jahrestag des Ereignisses befindet das Blatt: Zwar habe sich mit dem Anschlag in den vergangenen 365 Tagen eine Zuschreibung verfestigt, der Flecken werde »verschrien als die Spitze des ›braunen Ostens‹ im Landkreis«⁷⁷. Jedoch gelte insgesamt: »In Salzhemmendorf ist wieder Normalität eingeleitet.«⁷⁸

So weit zur Darstellung der unmittelbaren Reaktionen von Medien, Politik und Verwaltung. Im Ort selbst reagierte man entsetzt, erschüttert, ungläubig, aber rasch. Man half den Opfern, den Bewohnern des Hauses, brachte sie noch in der Nacht des Anschlags neu unter, versorgte sie medizinisch wie psychisch. Die Täter festzustellen, sie zu fassen, fiel nicht allzu schwer – sie waren von einem Nachbarn beobachtet worden. Die Tat selbst zu begreifen, sie zu erfassen, hingegen sehr. Das galt für die Lokalpolitik und -medien, die Verwaltung, die Vereine, Nachbarn und Betroffene gleichermaßen. Man kann das Erfassen durchaus wörtlich nehmen: einen Zugriff zur Tat zu bekommen, sie einzusortieren und zuzuordnen. Schließlich braucht es eine Fixierung der Geschehnisse, um entlang dieser die eigene Positionierung vorzunehmen und damit sich selbst zu verorten, von sich selbst zu berichten.

Einen besonderen Stellenwert besaß die Demonstration im Ort. Unsere Gesprächspartner zeigten sich einig darin, dass es mit der Demonstration, die wie oben ausgeführt bereits am Nachmittags des Anschlagstages stattfand, gelungen sei, ein (frühes) Zeichen zu setzen – gegen Rechtsradikalismus, gegen Hass und für eine gute Nachbarschaft. Die Demonstration habe die Leute zusammengebracht, sagte beispielsweise der Landrat und betonte zugleich, dass es den Organisatoren, zu denen führend auch sein Amt zählte, gelungen sei, »alle an Deck« zu holen –

75 Behmann, Ulrich: »Misst die Justiz mit zweierlei Maß?«, in: Deister- und Weser-Zeitung, 18.03.2016.

76 Ebd.

77 Schaper: Ein Jahr nach dem Brandanschlag.

78 Ebd.

womit er zuvorderst Politiker aus der Region sowie die örtlichen Vereine meinte, die dem kurzfristigen Aufruf folgten.

»Wir hatten dann Gespräche mit Bewohnern geführt, um dann aber zu beschließen, dass wir an demselben Tag eine Demonstration durchführen müssten, und ich wollte das an demselben Tag haben, weil ich eben zwei Dinge nicht wollte: Ich wollte nicht, dass die Meldung über diesen Brandanschlag solitär medial vorkommt und bekannterweise wäre schon am nächsten Tag eine Demonstration in den Medien nicht mehr erwähnt worden, jedenfalls nicht überregional. Deswegen musste das an demselben Tag stattfinden. Und ich wollte eben auch, dass so eine negative Prägung unseres Landkreises als besonders rechtsradikal nicht stattfindet. Und dann hatten wir sehr schnell hier im Haus eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich darum gekümmert hat, eine solche Demo zu organisieren. Und es gab am Mittag eine große Pressekonferenz mit der Polizei. Und parallel hatten wir dann, ich glaube für 16, 17 Uhr, also ich weiß nicht, mehrere tausend Leute da vor Ort. [...] Damals haben wir die Anfahrt mit den S-Bahnen freigegeben und das ging alles innerhalb von Stunden und dadurch ist es eben gelungen, dass tatsächlich in sämtlichen medialen Darstellungen dieser Anschlag auch immer zusammen mit dieser Bewegung erwähnt wurde. Und das war ganz wichtig für uns und deswegen war es wichtig, das an dem Tag zu machen. Und es war auch ein gutes Abarbeiten, um dann irgendwie anstatt in Verzweiflung oder Wut zu verfallen, das dann eben umzuformen in eine Aktion. Das war gut für die Beteiligten.« (I2)

Neben der wohl zutreffenden Einschätzung hinsichtlich medialer Berichterstattungszyklen fällt auf, dass der Landrat die Demonstration als Teil eines Krisenmanagements betrachtet, gewissermaßen als politisches Marketing, um damit den in seinen Augen möglichen Schaden – nämlich eine Stigmatisierung Salzhemmendorfs und damit auch des Kreises als rechtsradikaler Hotspot – abzuwenden. Dem sollte sich entgegengestellt werden. Insofern ging es zwar wohl auch um den Ausdruck von »Guter Nachbarschaft«, aber der Sichtweise des Landrats folgend, wohl weitaus mehr darum, sich abzugrenzen von nun öffentlich in Erscheinung getretenen Rechtsradikalen, die am Vortag noch ganz selbstverständlich zur Dorfgemeinschaft gezählt hatten. Der Landrat spricht sogar von »Bewegung«. Darin liegt ein deutlich nach außen gerichteter Nutzen – aber nicht nur; schließlich bewertet er bereits die Möglichkeit zur Versammlung von Salzhemmendorfer Bürgern durch den Demonstrationsaufruf positiv für »ein gutes Abarbeiten«, als Hilfe zur kollektiven Bewältigung des Geschehens für die Demonstrationsteilnehmer und durch die Demonstrationsteilnehmer, also auch als nach innen gerichteten Nutzen, wie er jeder Demonstration innewohnt.

Doch blieb der kleinste gemeinsame Nenner, der die Demonstrationsteilnehmer einte, vage. Die Überzeugung, gegen (rechtsradikale) Gewalt zu sein, mochte an diesem Nachmittag zur Mobilisierung genügt haben. Was »gute Nachbarschaft«

ausmache, dürfte indes in Salzhemmendorf durchaus unterschiedlich beantwortet werden. Auch ein führender Lokalpolitiker verknüpfte die Durchführung der Demonstration mit der raschen Verhaftung der Täter sowie der Täterin und bewertete beides als überaus positiv für den Ort. Die Exklusion der Täter und der Täterin führte gewissermaßen zur Inklusion der Dorfgemeinschaft an diesem Nachmittag mit einer darüber hinaus starken Wirkung nach außen, wie er betonte:

»Ich war schockiert seinerzeit, wiederum war ich erfreut, dass am Abend dann diese große Demo war mit über 2.000 Leuten, glaub ich, waren's, die hier für gelebte gute Nachbarschaft gleich demonstriert haben. War, glaub ich, die einzige sinnvolle Antwort, die man an dem Tag geben konnte. Naja und das i-Tüpfelchen dann noch, dass die Attentäter ja auch am gleichen Abend verhaftet wurden und inzwischen ja auch entsprechend bestraft wurden. Also, das war auch sehr wichtig, auch für den Ort, muss man hierzu sagen, also, es sind nicht wir alle, oder ist es vielleicht mein Nachbar oder diese Ungewissheit, sondern es stand dann fest, wer es war und aus welchen Motiven die gehandelt haben, das stand ja auch sehr schnell fest. Und das war also auch wichtig. Das alles hat natürlich auch wiederum Kräfte freigesetzt. Also die nächsten Tage wurden wir überhäuft mit Spenden [...], die man im Grunde dann so schnell gar nicht alle brauchen konnte, [...] da schwappte so eine große Welle der Hilfsbereitschaft über uns ein.« (I1)

Diese Interviewpassage verweist auf eine Wirkung nach innen, welche die Demonstration in Gang gesetzt habe: nämlich die Aktivierung von Engagement, Hilfs- und Spendenbereitschaft gegenüber den Anschlagsoptionen im Besonderen sowie den Flüchtlingen in Salzhemmendorf im Allgemeinen. Diese Rahmung des Demonstrationsgeschehens knüpft unmittelbar an die Rahmenerzählung von Politik und Verwaltung von Salzhemmendorf als Ort starken Bürgerengagements an. Sie ermöglicht folglich die positive Wendung eines Teils des Ereignisses wie auch eine Einbettung in das übergeordnete Selbstverständnis. Dies gelingt freilich umso einfacher, je abgeschlossener der Vorgang sich darstellt: gefasste Täter, rechtsradikale Tatmotive.

Folgt man dieser Sichtweise, bilden Solidarität gegenüber den Opfern sowie den geflüchteten Menschen insgesamt auf der einen Seite und Aburteilung der (rechtsradikalen) Tat auf der anderen Seite ein Gegensatzpaar. Die Demonstration für gute Nachbarschaft erscheint dabei als ein Instrument, das die (kurzzeitige) Störung des Ortes durch den Brandanschlag wieder durch gelebtes Bürgerengagement in Einklang zu bringen vermag. Doch das Bild von Engagement einerseits und Rechtsradikalismus andererseits, wie man im Folgenden an mehreren Stellen sehen wird, ist brüchig, beinhaltet Ambivalenzen, wie sich auch symptomatisch am Beispiel der Demonstration zeigen lässt. Zum einen dürfen die Demonstrationsmotive Solidarität und Anteilnahme zumindest nicht als alleinige Gründe der Beteiligung an der Kundgebung betrachtet werden. Mögen sie für den Großteil

der Demonstrierenden tatsächlich den Ausschlag gegeben haben, auf die Straße zu gehen, enthielten viele Interviews zum anderen auch Hinweise auf weitere Beweggründe für die Teilnahme an der Demonstration sowie das Engagement infolge des Anschlags.

»Es war, glaube ich, ganz vielen im Ort unheimlich peinlich. Es gab dann ja auch den Abend gleich eine Demonstration hier, wo dann natürlich auch nicht nur Leute aus dem Ort waren, wo sich dann natürlich auch, ich sag mal, ja, Berufsdemonstranten ist vielleicht ein bisschen übertrieben, aber doch durchaus Gruppen auch gleich wieder angeschlossen haben, die jetzt mit dem Ort hier gar nichts zu tun hatten. [...]« (15)

»Na, das war so das, dieses klassisch linke Spektrum, würde ich sagen. Da gab's so ein paar, die so schwarz gekleidet waren und, denke ich, relativ professionell, sozusagen im Block gelaufen sind, Sprechchöre hatten und so weiter. Also, es waren sehr viele wirklich dann auch Leute aus der Umgebung, der Landrat war da und alles Mögliche. Gut, klar, die große Politik von Landtags- bis Bundestagsabgeordneten, logisch, das heißt, die haben sich auf jeden Fall sehen lassen. Aber auch wirklich so Leute, wenn man sich dann unterhalten hat, einfach so aus dem Nachbarort, die gesagt haben: »Da will ich hin, da will ich auch ein Zeichen setzen«, sozusagen. Aber wie gesagt, das war dann so ein bisschen in Führungsstrichen, hätte ich auch gesagt, ein bisschen so Berufsdemonstranten. Gut, einer hat sich auch hingestellt und hat einen Hitlergruß gezeigt, der muss dann irgendwie aus dem Nachbarort gewesen sein. Gut, den haben sie halt gleich einkassiert (15: Das war ein Freund von dem Einen). Das war natürlich auch ein bisschen, sagen wir mal so, verwegen in Führungsstrichen. [...] Aber so war das wirklich dann eine klare Demonstration, dass wir so etwas halt hier nicht haben wollen und hier auch nicht tolerieren wollen. Und das wurde vom Ort sehr stark getragen und sind auch von außerhalb viele dazugekommen.« (14)

Das Gefühl der Verlegenheit, des Unbehagens und der Beschämung mag – darüber informiert uns exemplarisch dieser Interviewausschnitt – teils die Solidarität mit den Opfern überlagert, sie möglicherweise erst in einem zweiten Schritt ausgelöst haben, eine Art Engagement aus Scham. Unterlegt wird dies mit der Infragestellung der Demonstrationsberechtigung Ortsfremder, von linken »Berufsdemonstranten«, womit die (hör- und erkennbare) Anwesenheit auswärtiger antifaschistischer Gruppen bei der Demonstration gemeint war. Verbunden ist diese Sichtweise mit der Auslegung, der zufolge der Anschlag zuvörderst ein lokales Thema Salzhemmendorfs sei und entsprechend von der Bevölkerung vor Ort getragen werden solle. Dass es während der Demonstration zu einem Zwischenfall gekommen war, der den Ablauf störte, kann diese Einschätzung befördert haben. Ein Mann aus Lauenstein soll in Richtung der Demonstrationsteilnehmer einen Hitlergruß gezeigt und den Versuch unternommen haben, einen linken Demonstranten

zu schlagen, woraufhin es zu einer kurzen Auseinandersetzung mit ortsfremden Antifa-Aktivisten gekommen sein soll, welche die Polizei schlussendlich rasch beendete.⁷⁹ Dieses Handeln und Verhalten – die handfeste politische Auseinandersetzung zwischen politischen Lagern – wurde in Salzhemmendorf gleichermaßen als störend empfunden, ja zutiefst abgelehnt. Was wie eine hässliche Anekdote im Rahmen einer Demonstration erscheint, wirft den Scheinwerfer des Interesses allerdings auch auf die Frage, was in Salzhemmendorf als rechts- bzw. rechtsradikal gilt und, im Anschluss daran, wie mit Rechtsradikalismus umgegangen wird.

3.5 Rechtsradikalismus in der Region und dessen Wahrnehmung vor Ort

Allein in den bereits aufgeführten unmittelbar geäußerten Salzhemmendorfer Reaktionen auf die Tat, die zumeist in den Medien geäußert wurden, zeigen sich zwei zentrale Muster, die sich auch in den von uns geführten Interviews wiederfinden. Dabei handelt es sich zum einen um Bekundungen der Sprach- und Fassungslosigkeit angesichts des Brandanschlages – es habe keine Anzeichen gegeben, man sei wie vom Blitz getroffen und entsprechend schockiert gewesen, wie oben ausführlich dargestellt. Und zum anderen fand sich – und dies erscheint hinsichtlich der Einordnung, was allgemein und in Salzhemmendorf als rechts(-radikal) empfunden wird, bedeutender – die Verneinung der Existenz einer »rechten Szene« in der Region seitens politischer Verantwortungsträger. Auffällig ist, dass mit der Zunahme des örtlichen Abstands der Akteure zu Salzhemmendorf – hier vor allem Medien und Politik – die Konturierungen dieser beiden Muster jeweils verblassten, sich teils sogar verkehrten. Waren die verwendeten Sprachbilder bei den von uns Befragten anschaulich, teils drastisch, fielen die Kommentare und Einschätzungen aus der Distanz deutlich kühler aus. Vor Ort war man fassungslos, aus der Entfernung geißelte man den rechten Terror – so etwa ließe sich, freilich verkürzt und somit vereinfacht, diese Auffälligkeit beschreiben.

Im Folgenden soll dem nachgespürt werden, was die Salzhemmendorfer als »rechts« beschreiben. Zuvor aber – gewissermaßen als Zwischenschritt – soll in komprimierter Weise auf rechtsradikale Akteure in der Region sowie die ideologischen Hintergründe der Täter und der Täterin eingegangen werden. Beides soll zur Problematisierung der Deutungen der von uns Befragten beitragen, gewiss aber nicht zur Desavouierung unserer Interviewpartner. Wie gezeigt, hieß es seitens der Kommunalverwaltung und deren Spitze beispielsweise bereits in den Stunden nach der Tat, dass es keine aktive rechte Szene vor Ort gebe.⁸⁰ Der Anschlag hätte

79 Siehe o.V.: Über 2000 Menschen bei Kundgebung in Salzhemmendorf.

80 Auch wenn später Relativierungen vorgenommen wurden; vgl. o.V.: Gibt es eine rechte Szene in Hameln?, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 01.09.2015; vgl. NDR.de: Pom-

genauso gut auch im Nachbarlandkreis passieren können, teilte uns ein Landespolitiker (I2) im Gespräch mit. Das mag in der Tat zutreffen; und über Kausalitäten zwischen der Existenz rechtsradikaler Strukturen und tatsächlich verübter Gewalt sei damit ebenfalls keine Aussage getroffen.

Gleichviel lässt sich in der Region zwischen Hameln und Hildesheim seit Jahren »eine heterogene Szene vom Kameradschaftsmilieu bis zu rechtsextremen Parteien«⁸¹ beobachten. Im Nachbarort Coppenbrügge hielt die NPD 1993 ihren Bundesparteitag ab. Den Saal hatte seinerzeit ein Mann aus der Region für einen »Kameradschaftsabend« gemietet.⁸² Im östlichen Teil des Landkreises Richtung Springe waren einst militante Skinhead-Szenen präsent, die regelmäßig im Kleinen gewalttätig auftraten und überregional organisatorische Bindungen hatten, wie beispielsweise zur NSDAP-AO und dann auch zur Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei (FAP).⁸³ So war auch die »Aktionsgruppe Weserbergland«⁸⁴ in der Region aktiv. Mitglieder der freikameradschaftlichen Gruppe, zu der etwa fünf Personen gehört haben sollen, standen wiederum in Kontakt mit Besseres Hannover, einer 2012 verbotenen rechtsextremen Gruppierung, mit der Gruppe Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) sowie mit HAGIDA, dem PEGIDA-Ableger aus der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Während einer HoGeSa-Demonstration im Januar 2015 war eine der Aktionsgruppe Weserbergland zugehörige Person strafrechtlich in Erscheinung getreten, informierte die Landesregierung den Landtag und fügte hinzu, dass die Aktionsgruppe über persönliche Kontakte zu Rechtsextremen in anderen Bundesländern verfüge.⁸⁵ Anfang 2017 erregte zudem die Entlassung der Leiterin einer Kinderturngruppe eines Hamelner Sportvereines, die Verbindungen zur Aktionsgruppe Weserbergland gehabt haben soll, lokal Aufsehen.⁸⁶ Laut einer Broschüre des Wolfsburger »Zentrums Demokratische Bildung« sei sie »führende Aktivistin« der verbotenen Vereinigung Besseres Hannover und in der lokalen neonazistischen Kameradschaftsszene sehr präsent gewesen, habe bis 2016 an einer Vielzahl von De-

merening: Rechte Szene, 24.11.2015, URL: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Pommerening-Rechte-Szene,pommerening108.html [eingesehen am 10.12.2018]. Vgl. o.V.: Rechts – und fest ins Dorf integriert?, in: Göttinger Tageblatt, 02.09.2015.

81 Speit: Brandstiftung mit Folgen für die Täter.

82 Vgl. o.V.: Die braunen Rattenfänger tagten bei Hameln, in: Neues Deutschland, 20.09.1993.

83 Interview mit Samuel Salzborn, vgl. Killmann, Philipp: »Diese Anschläge sind barbarisch«, in: Deister- und Weser-Zeitung, 26.09.2015.

84 Vgl. Feldmann, Julian: Umtriebige Szene im Weserbergland, in: Blick nach Rechts, 01.09.2015.

85 Siehe Niedersächsische Landesregierung: Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage, Drs. 17/3315, vom 07.04.2015.

86 Siehe Balzereit, Dorothee: »Führende Aktivistin«, in: Deister- und Weser-Zeitung, 18.01.2017.

monstrationen und Veranstaltungen teilgenommen.⁸⁷ Dass die Frau lange in der Szene aktiv war, habe man nicht gewusst, sagte der Vorsitzende des Sportvereines.⁸⁸ Über einen Anwalt teilte die Hamelnerin mit, sie sei ausgestiegen, habe »mit alldem nichts mehr zu tun« – alles »alte Geschichten«.⁸⁹ Verbindungen des neu-rechten Instituts für Staatspolitik in den Landkreis bestanden ebenfalls: In Bad Pyrmont, im »Ostheim« – der Tagungsstätte der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. –, hielt man 2013 ein Treffen ab.⁹⁰

Auch Parteiformationen wirkten in der Region. Die Partei »Die Rechte« gründete 2014 im nahegelegenen Hildesheim einen Kreisverband. Im März 2015 erinnerten Aktivisten der Partei »Der Dritte Weg« an die »Bombenattentate von Hameln«⁹¹ und legten am Friedhof »Am Wehl« unter dem Motto »Gegen das Vergessen. Alliiierter Bombenterror auch in Hameln« Blumen nieder.⁹² Bereits Anfang der 1990er hatten FAP-Anhänger den Friedhof der Weserstadt für Gedenkfeiern genutzt. Am Wochenende nach dem Anschlag verteilten Aktivisten des Dritten Weges »Stützpunkt Hermannsland« in Salzhemmendorf Flugblätter »an die angesichts dieser propagandistischen Zirkusvorstellung verunsicherten Anwohner«⁹³. Die Lokalzeitung fragte: Ist eine »Gruppe im Ort aktiv?«⁹⁴ Ein im Ort bekannter Mann aus dem Flecken soll der Partei nahestehen – derjenige, der am Tag nach dem Anschlag während der Demonstration seine Hand zum Hitlergruß erhob haben soll, jedenfalls derart auffiel, dass die Polizei sein Verhalten hinterher als »Provokation einer offenbar rechtmotivierten Person«⁹⁵ verbuchte. Auch die Täter Sascha und Dennis sollen eine Freundschaft zu dieser »regionalen Skinhead-Szenegröße«⁹⁶ ge-

87 Vgl. Schweizer, Angela: Heterogenes Spektrum, in: Zentrum Demokratische Bildung (Hg.): Weiblich, selbstbewusst, rechts. Frauen im Rechtsextremismus, Wolfsburg 2015, S. 19f.

88 Vgl. Balzereit: »Führende Aktivistin«.

89 Zit. nach ebd.

90 Vgl. Speit, Andreas: Geistiges Vakuum, in: taz, 21.02.2013; vgl. o.V.: Grüne Jugend – Rechtem Hass entgegengetreten, in: Deister- und Weser-Zeitung, 16.10.2016. Der Rat der Stadt Bad Pyrmont intervenierte im Anschluss an die Veranstaltung, machte die Landsmannschaft darauf aufmerksam, dass das »sogenannte ›Institut für Staatspolitik‹ nach eigenen Angaben führender Personen dieser Einrichtung mit höherrangigen NPD-Funktionären zusammenarbeitet und diese sogar ausbildet«, wie die Landsmannschaft in einer Presseerklärung mitteilte. Eine Zusammenarbeit komme nicht in Betracht. Die Tagungsstätte werde weiterhin zur Verfügung gestellt. Landsmannschaft Ostpreußen: Presseerklärung, 08.05.2013, URL: www.ostpreussen.de/lo/nachrichten/artikel/presseerklaerung-1.html [eingesehen am 10.12.2018].

91 Der dritte Weg: Aktivisten erinnern an die Bombentoten von Hameln, 27.03.2015, URL: <https://der-dritte-weg.info/2015/03/27/aktivisten-erinnern-an-die-bombentoten-von-hameln/> [eingesehen am 21.04.2019].

92 Die Partei mobilisierte im Juli 2015 auch zur Teilnahme am »Trauermarsch« in Bad Nenndorf.

93 Aschmann/Kießler: Der Schock sitzt tief.

94 Ebd.

95 Ebd.

96 Kampf: Weinbrand und Benzin.

pflegt haben. Unter anderem gehörte der Mann dem regionalen Bund »Ostkreisleir Jungs« an, einer Gruppe, die sich in der Region traf.

Obwohl die Treffen und ihre Inhalte weitgehend klandestin waren, muss die Existenz dieser Gruppierung zumindest unter jungen Leuten in Salzhemmendorf bekannt gewesen sein, wie uns in Gesprächen geschildert wurde. Ihr Internetforum – ein schwarzes Eisernes Kreuz mit rotem Schriftzug ist auf der Startseite zu sehen – sollen auch Dennis und Sascha angeklickt haben.⁹⁷ Die Treffen seien von einem Fremdenlegionär und ehemaligem FAP-Mitglied geleitet worden, der im »Rieger-Haus« in Hameln gewohnt haben soll.⁹⁸ Im Jahr 1999 hatte der langjährige NPD-Funktionär Jürgen Rieger⁹⁹ in Hameln einen Gebäudekomplex mit ehemaligem Kinocenter, neun Wohnungen und fünf Ladengeschäften gekauft, um dort Schulungen und Konzerte durchzuführen – allerdings fanden dort letztlich kaum Veranstaltungen statt.¹⁰⁰

»Irritierend«, fand daher der Journalist Andreas Speit, »die Aussagen der Polizei zur rechtsextremen Szene im Landkreis«.¹⁰¹ NPD, Die Rechte und Der Dritte Weg seien in der Region aktiv und das Innenministerium habe im Landkreis für das erste Halbjahr 2015 acht rechte Straftaten registriert, im benachbarten Hildesheim 27. Eine Sprecherin des Verfassungsschutzes Niedersachsen sagte, es sei nicht »feststellbar, dass die fremdenfeindlichen Übergriffe gegen Flüchtlinge bzw. gegen deren Unterkünfte aus dem organisierten Rechtsextremismus resultieren«¹⁰². Es »scheinen sich Einzelne aufgerufen zu fühlen, die Anschläge zu begehen«¹⁰³, wird die Behördensprecherin ferner zitiert. Rechtsextremistische Strukturen seien jedenfalls im Landkreis Hameln-Pyrmont nicht bekannt. Auch das Landeskriminalamt teilte auf Anfrage der Lokalzeitung mit, ihm lägen keine Erkenntnisse über Auffälligkeiten im Landkreis vor.¹⁰⁴ Vor Gericht erzählte eine Zeugin von dem Moment, als sie im Radio gehört habe, wie der Bürgermeister gesagt habe, dass es vor Ort keine organisierte rechtsradikale Szene gebe. Das stimme doch

97 Siehe Behmann, Ulrich: Runen, Wikinger und »Ostkreisleir Jungs«, in: Deister- und Weser-Zeitung, 18.02.2016.

98 Siehe ebd.

99 Vgl. Philippsberg, Robert: Biographisches Porträt: Jürgen Rieger, in: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 24 (2012), Baden-Baden, S. 211–227.

100 Vgl. Röpke, Andrea: »Braune Kanäle«, in: Dies./Speit, Andreas (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2010; vgl. Schönberg, Kai: Tanz den Rieger, in: taz, 15.07.2004.

101 Speit, Andreas: Einschlägige Täter, in: taz, 03.09.2015.

102 Zit. nach Behmann: Brandstifter im Netz.

103 Zit. nach ebd.

104 Siehe ebd.

gar nicht, habe sie da gedacht. Namen wollte sie vor Gericht jedoch keine nennen: »Sonst werde ich angegriffen von denen.«¹⁰⁵

Doch welchen Stellenwert nimmt Fremdenfeindlichkeit im Denken und Handeln der Angeklagten tatsächlich ein? Im Gerichtsprozess betonte das Trio, keiner von ihnen sei ausländerfeindlich, rassistisch oder gar rechtsradikal.¹⁰⁶ Tatsächlich aber bildeten die drei einen Gruppenzusammenhang, in welchem Herablassung, Abwertung und Verunglimpfung anderer sowie Gewaltfantasien, die teils mit dem Versuch einer humorigen Umhüllung, teils offen aggressiv ihren Ausdruck fanden, feste Bestandteile der Binnenkommunikation waren. Unsanktioniert konnten sie geäußert werden, stießen vielmehr noch auf wechselseitige Anerkennung. Die drei vertraten geschichtsrevisionistische Ansichten, vollzogen positive Bezugnahmen und eine verherrlichende Zurschaustellung nationalsozialistischer Sprache und Symbole. Sie tauschten sie zumindest in halböffentlichen Chaträumen und *Whatsapp*-Gruppen aus – als eine eingeübte Selbstverständlichkeit, über die auch Privates und Alltägliches vermittelt wurde. Zusammen mit einem Freund, der als Zeuge vor Gericht aussagte, schrieben sie sich Kurznachrichten in einer gemeinsamen *Whatsapp*-Gruppe, der sie den Namen »Garage Hakenkreuz« gaben – benannt nach dem Treffpunkt in Lauenstein, in welchem später der Brandsatz gebaut wurde.

Drei Monate lang existierte diese Gruppe, von August bis November 2014. Von täglich etwa zehn versandten Mitteilungen waren mindestens drei politisch motiviert, »rechtsradikaler Natur«¹⁰⁷, wie es im Urteil heißt. Dennis schrieb in die Gruppe beispielsweise: »Ich bin der neue Adolf!!! Nix Zyklon B!!! Erhängt wird das Pack!!!!!!«. Dem Geschriebenen ließ er sechs Hakenkreuzsymbole folgen sowie ein Emoji, das den rechten Arm zum »Hitlergruß« reckt. »Sieg Heil und fette beute!!!«, wurde ihm in der Gruppe geantwortet. Man habe lediglich mit rechtsextremem Gedankengut experimentiert, sagte der befreundete Zeuge. Allein die Tätowierungen am Körper von Dennis widerlegen allerdings die vorgeblich bloß spielerisch gemeinten Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus: Auf seiner linken Brust prangt ein Wikingerschiff, neben welchem er sich die »Odalrune« hat stechen lassen. Einen großflächigen Wikinger mit einer ausgestreckten Faust, an der sich ein Totenkopfring befindet, trägt er auf dem rechten Oberarm. Diese Zeichen sind fester Bestandteil rechtsextremer Symbolik: der Totenkopf als Zeichen der SS, die »Odalrune« als Zeichen der Wiking-Jugend.¹⁰⁸ Am 26. August – drei Tage vor

105 Zit. nach o.V.: Die Brandstifter von nebenan, in: Stuttgarter Zeitung, 11.02.2016.

106 Siehe Urteil des Landgerichts Hannover, S. 28.

107 Hier und im Folgenden: ebd., S. 34.

108 Vgl. Schuppener, Georg: Mythen im Rechtsextremismus, Leipzig 2018; vgl. Frindte, Wolfgang/Funke, Friedrich: Von rechtsextremen Mythen und mythischen Deutungen, in: Frindte, Wolfgang (Hg.): Jugendlischer Rechtsextremismus und Gewalt zwischen Mythos und Wirklichkeit: Sozialpsychologische Untersuchungen, Münster 1995, S. 69-97.

der Tat – schrieb der später als Zeuge Aussagende an Dennis: »Die Grundschule wird n Asyl heim«, und fügte hinzu: »Ich bete drum das die abgefackelt wird.«¹⁰⁹

Während der Ermittlungen, zwei Monate nach der Tat, sagte der Verteidiger von Dennis, dass dieser zwar eine »gewisse politische Einstellung, also rechte Ansichten [habe, Anm. d. V.], er sei aber kein Radikaler. Sein bester Freund ist Ausländer«¹¹⁰. Romik M., Freund und Arbeitskollege von Dennis sowie Zeuge im Prozess, sagte, Dennis sei für ihn »wie ein kleiner Bruder«¹¹¹, fremdenfeindliche Tendenzen habe er bei ihm nicht wahrgenommen. Romik stammt aus Armenien und wohnte früher selbst eine Zeit lang im Haus an der Hauptstraße 70.¹¹²

Auch auf Saschas Handy fand man einschlägiges Bildmaterial – etwa ein Foto eines aus Flaschen zusammengestellten Hakenkreuzes, das er knapp zwei Wochen vor der Tat gespeichert hatte, sowie ein Bild, das Wehrmachtssoldaten gemeinsam »mit einem Farbigen« zeigt. Der Text dazu: »Hans, Helmut, Herrmann, Fritz und der neue Minensucher«¹¹³. Mit Saskia tauschte sich Dennis über den Spracherwerb ihrer Kinder aus.¹¹⁴ Sein Sohn, schrieb Dennis ihr per *Whatsapp*, habe ein neues Wort zu sagen gelernt, nämlich »Hitler«. Saskia antwortete ihm daraufhin, dass ihr Sohn bereits seit zwei Wochen »Sieg Heil« sagen könne. Das war zehn Tage vor dem Anschlag. Saskia veröffentlichte auf ihrem *Facebook*-Profil Losungen wie »Leg mir Steine in den Weg und ich schwör dir, ich werf sie dir in die Fresse«¹¹⁵. Nach außen habe sie unauffällig und mit ihren zwei Kindern eher zurückgezogen gelebt. Einer Nachbarin zufolge sei sie als »netter, unauffälliger Typ«¹¹⁶ in Erscheinung getreten. Und im Unterschied zu Sascha und Dennis besaß sie keine Vorstrafen.

Dennis indes war bereits Anfang der 2000er Jahre in seiner Nachbarschaft mit dem Ausruf »Heil Hitler« aufgefallen.¹¹⁷ Auch gegen Sascha war bereits ein Strafverfahren wegen Zeigens des Hitlergrußes und des Ausrufes »Heil Hitler« in der Öffentlichkeit geführt worden.¹¹⁸ Bei Dennis zählte das Gericht zudem zwei un-
 eidliche Falschaussagen: eine davon in Tateinheit mit Beihilfe zum Betrug sowie vorsätzliche Trunkenheit im Verkehr, gefährliche Körperverletzung, vorsätzliche Körperverletzung, Sachbeschädigung und gemeinschaftlichen Diebstahl. Ab 2006

109 Zit. nach Urteil des Landgerichts Hannover, S. 35.

110 Zit. nach Behmann, Ulrich: Wollten die Täter töten?, in: Deister- und Weser-Zeitung, 10.11.2015.

111 Zit. nach Behmann, Ulrich: »Ich will sie brennen sehen«, in: Deister- und Weser-Zeitung, 11.02.2015.

112 Siehe Behmann, Ulrich: Fünf Monate nach dem Brandanschlag in Salzhemmendorf beginnt der Prozess, in: Deister- und Weser-Zeitung, 05.02.2016.

113 Siehe Urteil des Landgerichts Hannover, S. 36

114 Zit. nach ebd.

115 Gude, Hubert: Feuer im Kinderzimmer, in: Der Spiegel, 05.09.2015.

116 Zit. nach ebd.

117 Siehe Urteil des Landgerichts Hannover, S. 33.

118 Siehe ebd.

wurden gegen ihn Freiheitsstrafen zur Bewährung sowie Geldstrafen verhängt: insgesamt sieben Einträge. Beim sechs Jahre jüngeren Sascha finden sich ebenso viele registrierte Strafvorgänge: mehrere Sachbeschädigungen, davon eine mit Diebstahl verbunden, sowie eine Verurteilung wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe, die jedoch zur Bewährung ausgesetzt worden war.

Überwiegend männlich, im Alter zwischen 18 und 35 Jahren, zwei von drei Tätern lebten im Schnitt in dem Ort, in dem die Tat begangen wurde, und seien bereits zuvor strafrechtlich in Erscheinung getreten: So fasst das BKA die Täterprofile von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte zusammen.¹¹⁹ Das Salzhemmendorfer Trio passt in diese Typologisierung. Und sie – die beiden jungen Männer – waren im Dorf bekannt. Sie trafen sich mit ihren Cliques, die sich zeitweise überschnitten, die immer wieder auch Sport- und Feuerwehrvereinsmitglieder einschlossen, und verbrachten Zeit auf dem Parkplatz am Rewe, wo sie tranken und Musik hörten. Sie waren im Ortsbild präsent, bekannt und wurden toleriert. »Es war überall bekannt, dass er [Dennis, Anm. d. V.] rechte Ansichten hat, seitdem er Jugendlicher war, also das war überhaupt kein Geheimnis und das hätte er selbst auch jederzeit zugegeben«, berichtete uns eine Salzhemmendorferin.

»Ich weiß nur, dass er [Dennis, Anm. d. V.] immer bei dieser Gesinnung geblieben ist und dass er sich auch oft mit Leuten getroffen hatte, zum Beispiel diesen [Name eines Lauensteiners, Anm. d. V.], die auch diese Gesinnung haben. Und da muss wohl auch einiges über Facebook gelaufen sein und zu diesem Sascha kann ich eigentlich wenig sagen [...]. Aber da hat er halt zum Beispiel auch über Facebook wohl geschrieben, sein Sohn könnte schon »Hitler« sagen, der ist ja auch bei der Feuerwehr gewesen, der ist einfach dumm wie Brot, also, ich glaube, Brot ist intelligenter, also man muss nur zwei Sätze mit ihm wechseln, dann weiß man das, dass der einfach nur überhaupt keine Ahnung hat, auch über Hintergründe oder sonst was.« (I3)

119 Allerdings verfüge nur jeder dritte Täter über »Verbindungen zum rechtsextremen Milieu«, heißt es dort weiter, ohne jedoch zu präzisieren, was genau darunter zu fassen ist. O.V.: Fünfmal mehr Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, in: Zeit Online, 28.01.2016, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-01/fluechtlingsunterkuenfte-straftaten-zunahme-anschlaege-bka-zahlen> [eingesehen am 13.03.2019]; vgl. zudem die BKA-Studie über die Biografien von »Extremisten und Terroristen« von Lützinger, Saskia: Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Köln 2010 sowie Miliopoulos, Lazaros: Biografische Verläufe im Extremismus. Ein kritischer Blick auf ihre Bedeutung für die Radikalisierungsforschung und die Extremismusprävention, in: Altenhof, Ralf/Bunk, Sarah/Piepenschneder, Melanie (Hg.): Politischer Extremismus im Vergleich, Berlin 2017, S. 105-135.

In Bezug darauf, dass man die Täter und ihre Gesinnung im Ort offenkundig kannte, wird darauf verwiesen, dass man die Flüchtlingsunterbringung in Salzhemmendorf aufgrund des überaus großen Bürgerengagements, wie vielfach in den Interviews betont wurde, insgesamt sehr gut und einvernehmlich bewerkstelligt habe. Dies wurde offenkundig auch angeführt, um das formulierte Unverständnis ob des Anschlags zu unterlegen, um der Frage nach der Existenz Rechtsradikaler und deren allgemeiner Akzeptanz unmittelbar etwas entgegenzustellen. Gefragt wurde nach Rechtsradikalismus, geantwortet wurde mit dem Verweis auf das große Engagement für Flüchtlinge in der Kommune: Engagement bildet aus dieser Perspektive einen Konterpart zum Rechtsradikalismus – als könne Bürgerengagement eine Art kommunale Selbstimpregnierung bewirken.

»Nein, da bin ich wirklich aus allen Wolken gefallen. Ich hatte es ja gesagt, wir haben vorher wirklich schon intensiv an diesem Thema [Flüchtlingsintegration, Anm. d. V.] gearbeitet. Wir hatten ganz viel Unterstützung vorher schon, Ehrenamtliche auch und Spenden und so weiter, das lief vorher schon alles. Dann ... es gibt hier kein ... Pegida, oder was damals war, gab es hier nicht. Es gibt hier auch nicht, dass auf dem Markt mal die NPD oder dass die hier irgendwann mal gestanden hätten, also es gab auch keine politischen Strömungen oder hier im Gemeinderat oder so, gar nicht, also nichts, was irgendwo in die rechte Richtung sich dreht oder zeigt. [...] Ich hatte dann natürlich auch intensiv mit dem Staatsschutz zu tun, die waren dann natürlich auch vor Ort, die haben dann auch nochmal gesagt, also in Salzhemmendorf: »Es gibt keine rechte Szene.« Natürlich gibt es einzelne Personen, die diesem Gedankengut nachhängen, die vielleicht auch, oder die sind auch überregional organisiert, aber da gibt's irgendwelche komischen Vereinigungen. »Der Dritte Weg« oder so. Da wohnt wohl einer von denen hier bei uns. In der Zeit danach hat man wohl dann auch so Aufkleber an Laternen plötzlich gesehen. Also, es gab dann auch so regelrechten Tourismus hierher, das hat man dann auch festgestellt [...]. Von daher war ich sehr verwundert, dass das jetzt plötzlich dann hier, ja bei uns aufschlägt. Vor allem, die [Flüchtlinge, Anm. d. V.] waren ja auch dezentral untergebracht, in einem ganz normalen Wohnhaus, also wenn es nur so ein überregional bekanntes Asylbewerberheim mit entsprechenden Problemen wäre ...« (I1)

Die Vorstellung davon, was eine »rechte Szene« ausmache und wie sich ihre aktive Präsenz in der Kommune zeige, woran sie sich erkennen lasse – auch das illustriert der obige Interviewausschnitt exemplarisch –, nahm sich in einer übergreifenden Deutung aus, wonach eine rechtsradikale Struktur nur dann existiere, wenn sie (im Ort und für die von uns Befragten) auch sichtbar in Erscheinung trete. Rechtsradikalismus habe sich öffentlich zu manifestieren und sodann wiederkehrend auszudrücken, um zu sein, präziser: Rechtsradikalismus muss den Raum der Privatheit verlassen und in den von der Lokalöffentlichkeit sozial sanktionierten Bereich

eintreten, um benannt zu werden und Missbilligung zu erfahren. Der Bereich dazwischen, als Feld von kollektiv teils verachteten, aber noch geduldeten oder gar gebilligten rechtsradikalen Ausdrucksweisen und Sagbarkeiten, erscheint breit – einhergehend mit recht antiquierten Vorstellungen von dem, was Rechtsradikalismus heute ist.

»Ja, das sind dann so die Einstellungen, die dann auch mal so, was weiß ich, rechte Lieder singen oder Böhse Onkelz hören oder was auch immer. Früher sah man das ja noch, wenn sie sich entsprechend gekleidet haben, das ist ja nicht mehr so. Man sieht es denen ja nicht mehr an. Und die, die den Brandanschlag da verursacht haben, ja, die waren ja ein Beispiel dafür. Und das ist ja auch keine Gruppe gewesen, sondern die haben sich da so reingesteigert wohl und ja, denen zeigen wir das jetzt mal, und hatten natürlich auch ordentlich einen geschüttet und so.«
(I6)

Als »wirklich rechts« beschrieb in diesem Zusammenhang eine Befragte die Ostkreisler-Gruppe und als »so richtig rechts« den Brandanschlag. Hier zeigt sich eine deutliche Ambivalenz in der Wahrnehmung, was als Rechtsradikalismus angesehen und – noch mehr – welche politischen Vorstellungen in welcher Weise problematisiert werden: Auf der einen Seite wird »rechts« externalisiert als etwas, das nicht zu Salzhemmendorf gehöre; auf der anderen Seite wird benannt, dass es sich um Leute handle, »die aus der Dorfgemeinschaft kamen« (I6). Als Markierung der Grenze zwischen noch-toleriertem, vielleicht unkritisch hingenommenem, möglicherweise gar gutgeheißenem und akzeptiertem Handeln sowie Verhalten auf der einen und abgelehntem auf der anderen Seite kann das Einsetzen von Gewalt identifiziert werden – die wohl am deutlichsten nach außen gerichtete Handlung der Ablehnung, öffentlicher Ausdruck von Feindseligkeit.

Folglich und zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine Problematisierung von Rechtsradikalismus in der Öffentlichkeit sich erst dann vollzieht, wenn es sich zum einen um bereits identifizierte Außenseiter handelt – wie um den Mann, der auf der Demonstration den Hitlergruß zeigte –; zum anderen, wenn der Raum des Privaten verlassen wird, sich Rechtsradikalismus öffentlich zeigt. Doch selbst hier, also in der Öffentlichkeit, muss er provokativ in Erscheinung treten, als Störung des Alltags empfunden oder in Form von Gewalt zutage treten, um problematisiert zu werden.

»Sicherlich steckte das irgendwie in den Köpfen drin, also die waren diesem Gedankengut nicht ganz abgetan, aber dann einen Mordanschlag oder Mord, versuchter Mord ist es dann ja gerichtlich festgelegt, das ist natürlich schon etwas ... also, was ich mir persönlich sowieso nie vorstellen kann. Ich meine, dass man sich vielleicht da mit einem Plakat hinstellt und da sagt: »Ausländer raus!«, ist ja eine Sache, aber versuchter Mord, das ist ja nochmal eine ganz andere Qualität. Also,

das ... hätten die Kinder nicht im anderen Zimmer gelegen, dann wäre das bei denen im Bett gelandet. Also, dann hätten ja Dinge passieren können, das darf man sich ja gar nicht vorstellen. Das ist ... ja, also von daher war ich völlig verwundert.« (I1)

Mit der Aussprache dessen, was war, und dass es sich dabei um rechtsradikales Gedankengut handele, tat man sich offenkundig teils schwer. Denn mit dem Spannungsfeld zwischen Öffentlichkeit und Privatem geht ein Konflikt bestehend aus Nähe und Distanz bezüglich der Identifizierung dieser als »Problem« wahrgenommenen Einstellungen einher – je nachdem, wie das Verhältnis dieses »Rechtsradikalismus« zur Bürgerschaft, die sich freilich als politische »Mitte« sieht, bestimmt wird. So hätte der Ausschluss des Einzelnen wohl auch die Abwertung bzw. die Herabsetzung der Ortsgemeinschaft bedeutet. Zumal uns das Erkennen potenziell gewalttätiger rechtsradikaler Haltungen im Sinne von »wirklich rechts« als schwierig geschildert wurde, weil dazu das Wissen fehle:

»War halt sonst immer alles so weit weg irgendwie und jetzt auf einmal auf dem Dorf, in Salzhemmendorf, da ist denen erst mal vielleicht auch so bewusst geworden, was so richtig rechtsradikal, also radikal, so bedeutet. Und dann kommt es auch noch dazu, dass zumindest die beiden Jungs auch bekannt sind, auf dem Land kennen die sich alle untereinander, und dass auch niemand gedacht hätte, dass die zu so etwas fähig sind. Und das war ja dann auch, bei der Demo sind ja unheimlich viele Leute gekommen, ich würde mal sagen, halb oder dreiviertel von Salzhemmendorf sind auch gekommen, und es wurde dann viel auch diskutiert, so vorher wurde nicht diskutiert, so, wie konnte es dazu kommen, und dass die Leute sich auch selbst hinterfragt haben, wie sind wir eigentlich mit denen umgegangen, wir haben gar nicht so viel Hintergrundwissen.« (I3)

Gesprächspartner äußerten, dass Salzhemmendorfer Verantwortungsträger aus der Gemeindepolitik und dem Vereinswesen über zu wenig Wissen über rechtsradikale Szenen und Strukturen verfügten. Auch daher existiere bei ihnen eine Haltung des Verschweigens und des Nicht-Thematisierens. Diese verhindere aus Sorge vor einer Stigmatisierung des Ortes womöglich die unmittelbare Aushandlung, auch den Konflikt mit den Trägern rechten Gedankengutes und ihrem familiären Umfeld vor Ort.

»Aber das Thema an sich [Rechtsradikalismus, Anm. d. V.] wird nicht besonders ernst genommen, muss ich jetzt so sagen, gerade auch von den Politikern. Keiner möchte sagen: ›Mein Ort ist irgendwie rechts angehaucht oder irgendwie haben wir da ein Problem mit.‹ Das würde so keiner zugeben, oder viele wissen es auch nicht, die sind so weit weg davon, gerade aus dem Jugendbereich, dass sie das nicht so mitbekommen oder auch gar nicht wissen.« (I3)

Überdies verwiesen Gesprächspartner auf ein hohes Maß an Toleranz gegenüber rechtsradikalen Äußerungen, die vor Ort geläufig seien und gepflegt würden; dies verdeutlichten sie anhand einer lokal verfestigten antisemitischen Zuschreibung:

»Viele Sachen sind für die [Politiker, Anm. d. V.] so normal, dass das für sie gar nicht mehr auffällt. [...] ist ein Ortsteil von Salzhemmendorf, da ist einer, bei der SPD sitzt der im Rat, ja, der hat einen Kiosk, den nennen die seit zwanzig Jahren nur ›der Jude‹. Das ist aber so in denen drin, als ich das das erste Mal gehört habe, habe ich gesagt: Warum nennen die ihn denn ›den Juden‹? Ja, wegen der Preise da mit dem Kiosk, und das ist bei denen so in Fleisch und Blut übergegangen ...« (13)

Womöglich waren Gemeindeverwaltung, Politik und Vereine vor Ort sowie die meisten Einwohner Salzhemmendorfs schlichtweg froh darüber, dass die (innere) Dynamik des Ereignisses schlagartig nach der Festnahme der Täter und der Täterin nachließ und wieder, jedenfalls bis zum Prozessbeginn, Ruhe einkehren und sich Normalität ausbreiten konnte. Die Abarbeitung des Anschlags konnte rasch für abgeschlossen, die Aufarbeitung, mit der immer auch eine Neuaufnahme einer Konfliktodynamik einhergehen würde, für beendet erklärt werden. Pessimistisch äußerte sich einer unserer Interviewpartner, ob den ursächlichen Momenten überhaupt entgegengetreten werden könne, da eine grundsätzliche Streit- und Konfliktbereitschaft nicht gegeben sei:

»... über diesen Teil des Landkreises Hameln-Pyrmont, der eben politisch nicht so fortgeschritten ist wie etwa in Hameln. Ja, mir tut das immer leid, diese Orte, die Politiker geben sich da wirklich Mühe, aber ich weiß nicht, ob sie wirklich in diese Kreise hineinreichen. [...] Ob der [Bürgermeister von Salzhemmendorf, Anm. d. V.] diese Konfliktfähigkeit hat, auf diese Leute zuzugehen und denen mal wirklich kritisch seine Meinung zu sagen. Das ist ein Mann voller guten Willens, aber an der Stelle vermutlich auch ein bisschen zu weich, fürchte ich. Ja, man darf so einen Landkreis nicht abschreiben.« (17)

Die Verortung des Trios in Strukturen und Gruppierungen, die vorgenommenen Zuschreibungen und Bezeichnungen, haben sich in der Zeit zwischen dem Brandanschlag und der Urteilsverkündung im März 2016 rasant entwickelt und fielen überaus buntscheckig aus. War seitens lokalpolitischer Akteure in Abrede gestellt worden, dass »rechte Szenen« in der Region existierten, kam die Rede – vor allem in Medienveröffentlichungen – auf »Freizeitfaschos«¹²⁰ und »kleinlaute Dorfnazis«¹²¹, nahm das Gericht in seiner abschließenden Sitzung eine Gleichsetzung des Trios mit bewaffneten, zutiefst rassistischen, organisiert mordenden Zellen und Gruppierungen vor, die Andersdenkende und -glaubende bekriegten. Tendenziell

120 Gude: Feuer im Kinderzimmer.

121 Wyputta, Andreas: Kleinlaute Dorfnazis, in: taz, 19.02.2016.

mögen verharmlosende genauso wie überspitzte Einordnungen den (politischen und damit auch medialen) Turbulenzen geschuldet sein, die das Bekanntwerden und den Umgang mit einem fremdenfeindlichen Verbrechen in ohnehin bereits gesellschaftlich polarisierten Zeiten auslösen. Sie überlagerten teils die Debatte und die Problematisierung realer Bezüge der Täter und der Täterin zum organisierten Rechtsradikalismus, deren Einflechtung in und Verbindungen zu lokalen Akteursgruppen der politischen Mitte des Ortes, der Zivilgesellschaft, sowie regionaler Verdichtungsräume rechtsradikaler Szene-Strukturen in der Region mit ihrer Geschichte und ihrer Gegenwart.

Vor dem Hintergrund dieser Zuschreibungslage erhalten die Aussagen der von uns befragten Salzhemmendorfer Kontur. Sie unterschieden sich beispielsweise von den Verharmlosungen des Rechtsterrorismus der »Gruppe Freital«, welche Freitaler Bürger und Politiker äußerten (»Lausbuben«, »übertrieben«, »rechts sind die nicht«)¹²². Während man in der sächsischen Kreisstadt die Taten als solche teils gar nicht erst anerkannte und dies öffentlich kundgetan werden konnte, war dergleichen in Salzhemmendorf nicht zu vernehmen. Man erkannte dort den Mordanschlag an, äußerte sich schockiert, war sodann jedoch darum bemüht, rasch zu einem Normalzustand zurückzukehren. Dies geschah auch über Relativierungen; so einte die von uns Befragten beispielsweise, dass von »Dennis« und »Sascha«, aber deutlich seltener von »den Tätern« die Rede war. Auch war in Hintergrundgesprächen im Ort vernehmbar, wie auf den Bereich des Irrationalen und per se Unerklärlichen verwiesen wurde, dass das Trio in dieser Nacht »irre geworden« und »durchgeknallt« sei. Sehr vereinfacht lässt sich somit zusammenfassen: Freital hat sich kaum bis gar nicht vom rechten Terror in der eigenen Stadt aus der Balance bringen lassen; Salzhemmendorf war bemüht, ebendiese möglichst rasch wieder zu erlangen.

3.6 Die dörflichen Vereine als »Sammelpunkte rechter Ideen«?

An dieser Stelle soll der sächsisch-niedersächsische Vergleich nicht überstrapaziert werden; aber was die beiden Orte sicherlich deutlich voneinander unterscheidet, sind die Bedeutung und das lokale Gewicht des zivilgesellschaftlichen Sektors, der in Salzhemmendorf – über Jahrzehnte gewachsen und gepflegt – eine exponierte Rolle im Gemeindeleben einnimmt: als bürgerschaftlicher Träger, ressourcenstarker Produzent gelebter Gemeinschaft und – darüber wurde oben bereits informiert – auch als Ersatz verllorener politischer Gestaltungskapazitäten.

122 Zit. nach ARD-Panorama vom 14.12.2017: »Lausbuben«: Wie man in Freital Terroristen verharmlost, Manuskript des Beitrages, URL: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/panorama8182.pdf> [eingesehen am 22.05.2018].

Kurzum: Die selbst zugeschriebene Bedeutung und die von außen erfahrene Wertschätzung des Engagements der Vereine sind überaus hoch. Für unerklärbar hielt man vor diesem Hintergrund, dass einer der Täter aktives Mitglied der Salzhemmendorfer Feuerwehr gewesen war und sogar an den Löscharbeiten nach dem von ihm mit verursachten Brand teilnahm – was »aufs Schärfste«¹²³ verurteilt wurde, wie es in einer gemeinsamen Presseerklärung des Fleckens Salzhemmendorf und der Gemeindefeuerwehr hieß. Die Feuerwehrleute seien in kürzester Zeit am Einsatzort gewesen und hätten sich auf der anschließenden Demonstration eindeutig und »mit großer Präsenz für gute Nachbarschaft, gelebte Willkommenskultur und gegen Fremdenfeindlichkeit positioniert«¹²⁴, hieß es in dem Schreiben weiter.

Zur Kundgebung nach dem Anschlag erschienen die Feuerwehrleute vollzählig, nur Sascha fehlte. Er war bereits fünf Jahre zuvor aus der Feuerwehr ausgetreten, nachdem er strafrechtlich auffällig geworden war. 2013 habe er um eine erneute Aufnahme gebeten. Um ihm eine zweite Chance zu geben und auch »wegen der integrativen Aufgabe der Feuerwehr«¹²⁵, sei ihm diese gewährt worden.¹²⁶ Der stellvertretende Ortsbrandmeister sprach zwar von einer riesengroßen Enttäuschung, dass einer der Täter aus den eigenen Reihen stamme, stellte aber während eines Pressetermins heraus, dass man im Vorfeld des Anschlages keinerlei rechtsradikale Tendenzen in der Ortsfeuerwehr habe erkennen können. Hätte man derartige Entwicklungen ausgemacht, wäre man entschieden dagegen vorgegangen.¹²⁷ Hingegen erläuterte der Kreisbrandmeister, dass man zwar nicht in die Köpfe hineinschauen könne, er aber künftig in der Ausbildung von Führungskräften verstärkt auf die Erkennung rechtsradikaler Tendenzen innerhalb der Feuerwehr Wert legen wolle.¹²⁸ Aber »[a]ls Normalbürger«, führt er aus, »nimmt man die Zeichen der Rechten gar nicht wahr«.¹²⁹

Dass zumindest einigen die politische Gesinnung ihres Kameraden gut bekannt gewesen war, erfuhr man wenig später.¹³⁰ Und mehr noch: Auch andere Mitglieder der Ortsfeuerwehr sollen auf *Facebook* Bands mit »Gefällt mir« markiert haben, die dem rechtsradikalen Spektrum zuzurechnen sind.¹³¹ Dazu gehörte auch der Jugendwart der Feuerwehr, der ebenfalls auf *Facebook* »mit einem bekannten

123 O.V.: Feuerwehr und Flecken verurteilen Anschlag aufs Schärfste, in: Deister- und Weser-Zeitung, 31.08.2015.

124 Ebd.

125 Flade, Florian: Feuerwehrmann am Anschlag auf Heim beteiligt, in: Die Welt, 01.09.2018.

126 Dazu vgl. auch Schaper: Rechte Tendenzen frühzeitig erkennen.

127 Siehe o.V.: »Keine rechtsextremen Tendenzen erkennbar!«, in: Deister- und Weser-Zeitung, 31.08.2015.

128 Vgl. ebd.

129 Zit. nach Schaper: Rechte Tendenzen frühzeitig erkennen.

130 Vgl. Schaper: Neonazis und Vereine.

131 Vgl. Schaper: Rechte Tendenzen frühzeitig erkennen.

örtlichen Neonazi befreundet war«¹³² – gemeint war offenkundig oben genannter Mann, der auf der Demonstration einen Hitlergruß gezeigt haben soll und der zudem mindestens mit einem der Täter befreundet war. Der Jugendwart hatte zudem diverse Rechtsrock-Bands »geliked«. Auch der NPD und dem Hamelner PEGIDA-Ableger hatte er auf diese Weise Sympathie bekundet, wie in den Medien berichtet wurde.¹³³ Am 2. September 2015 musste er mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurücktreten. Der Ortsbrandmeister erklärte dazu: »Er bestätigt diese Likes, aber er distanziert sich von ihnen, deshalb hat er sie gelöscht.«¹³⁴ Um Schaden von der Feuerwehr abzuwenden, sei er demissioniert. Von seinem NPD-Like habe die Feuerwehr nichts gewusst; die »rechten Tendenzen«, wie der Ortsbrandmeister gegenüber der Lokalzeitung bekundete, hätten während der Arbeit keine Rolle gespielt: »Ich stehe weiter hinter der Arbeit, die er für die Feuerwehr geleistet hat.«¹³⁵ Auch der Bürgermeister sei mit dem Jugendwehrleiter zufrieden gewesen, habe sich nun aber gezwungen gesehen, ihm den Rücktritt nahezu legen: »Jugendarbeit ist besonders sensibel, so etwas lässt sich gegenüber den Eltern nicht mehr verantworten.«¹³⁶ Ein Lokalpolitiker sagte im Gespräch, man habe der Politik »sehr ans Herz gelegt« den Jugendwart zum Rücktritt zu bewegen, auch um ihn aus »der Schusslinie« zu nehmen (I1).

Die Problematisierung von Rechtsradikalismus und die Reflexion der eigenen Rolle fanden demzufolge erst nach dem öffentlichen Bekanntwerden statt. Dabei wurde die Grenzüberschreitung erst durch die Öffentlichkeit zu einer solchen und hätte sich ohne den Anschlag wohl gar nicht erst entwickelt. Umfassend fiel die Infragestellung der eigenen Strukturen allerdings nicht aus. Vielmehr gerieten die Protagonisten der Öffentlichkeit schlechthin, die Medien, für ihre Arbeit in die Kritik:

»Facebook-Account, ist ja alles öffentlich, da denkt ja auch kein Mensch dran, und dann wurde da jeder Like, wurde dann, ja, der hat mal, was hat er denn, ich glaube AfD oder Pegida dabei, AfD glaube ich, also nichts Verbotenes, aber es wurde dann alles negativ ausgelegt. Und gerade dann auch mit seiner Position als Jugendleiter, war es dann natürlich besonders schwierig. Dann kam natürlich der Verdacht auf, dass dann gleich die Kinder und Jugendlichen indoktriniert werden.«

Interviewer: »In Ihren Augen ungerecht?«

»Ja, natürlich stehe ich jetzt auch nicht bei jedem Dienst daneben, aber die Ortsbrandmeister und alle die dabei waren, haben mir versichert, dass dort nicht

132 O.V.: Jugendwart stürzt über NPD-Bekenntnis, in: Deister- und Weser-Zeitung, 02.09.2015; vgl.

o.V.: Jugendwart tritt zurück, in: Frankfurter Neue Presse, 04.09.2015.

133 Siehe o.V.: Wegen rechter Hetze abgezogen, in: Nürnberger Nachrichten, 04.09.2015.

134 Zit. nach ebd.

135 Zit. nach ebd.

136 Zit. nach ebd.

so was Entsprechendes passiert. Und als der Jugendleiter dann seinen Rücktritt erklärt hat und die Jugendlichen angefangen haben zu weinen, also, ich glaube schon, es war ein besonderes Verhältnis zwischen denen und er hat das auch mit viel Engagement gut gemacht. Seine Mutter war dann noch mal bei mir, das war schon auch interessant. Er hat ein paar Monate vorher eine Medaille gekriegt, Helfermedaille, [...] beim Elbehochwasser war er im Einsatz, hat dort geholfen, ja, so. Was ist das Ding jetzt wert? [...] dann ist er plötzlich der Böse, der dort, ... fragt dann kein Mensch mehr nach, was da tiefer hintersteckt. Es war schon, es ging ihm auch sehr an die Nieren. Man engagiert sich dann, opfert seine Freizeit, alles ehrenamtlich, und dann so was.« (I1)

Der Jugendwehrleiter trat also zurück, blieb aber Mitglied.¹³⁷ Einem lokalen Fernsehsender erläuterte der Ortsbrandmeister seine Sichtweise auf den Fall:

»Die Feuerwehr ist ein sozialer Schmelztiegel, in dem natürlich sämtliche politische Richtungen vorhanden sind. Aber eins muss ganz klargestellt werden: Es wird keinerlei Art von Extremismus und Radikalismus, egal in welche politische Richtung, toleriert. Und das tolerieren auch die Kameraden nicht. Das heißt, da ist auch so eine Art Eigenfunktion. Die Kameraden achten da selbst drauf. Von daher: Es ist uns nie aufgefallen.«¹³⁸

Wer die Äußerungen der Feuerwehr im Zuge der Ereignisse rekapituliert, erhält ein gebrochenes Bild: Die Ortsfeuerwehr sieht sich selbst als Querschnitt der Gesellschaft, beheimate jedoch in der Eigenwahrnehmung kein rechtsradikales Gedankengut. Dass »Extremismus und Radikalismus« in der Feuerwehr nicht erkannt wurden, die »Eigenfunktion« offenkundig versagt hat, wird als Beleg dafür angeführt, dass es ihn nicht gegeben habe bzw. er (vor den Kameraden) geheim gehalten worden sei. Dass die Feuerwehr einen starken Rückhalt seitens der Lokalpolitik und der Bürger Salzhemmendorfs erfahre,¹³⁹ wird als Beweis vorgebracht, der gemäßigten Mitte anzugehören, womit eine gegenseitige Versicherung der »politischen Reinheit« ausgesprochen wird.

Auch wenn bei den öffentlichen Äußerungen die Furcht vor Stigmatisierung eine Rolle gespielt haben mag, wie uns unsere Gesprächspartner mitteilten und dabei auch auf mediale Unerfahrenheit verwiesen, erscheint die zivilgesellschaftliche Akteurin Feuerwehr mit ihren inhärenten Ambivalenzen unzureichend problematisiert. Retten, löschen, bergen, schützen, Gemeinschaft stiften, Sinn produzieren: Dafür stehen die Ortswehren – in ländlichen Gebieten sicher noch viel

137 Siehe Schaper: Rechte Tendenzen frühzeitig erkennen.

138 Zit. nach WB Nachrichten: Brandanschlag: Tatverdächtiger hat als Feuerwehrmann gelöscht, 31.08.2015, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=WaY4pJPjX9o> [eingesehen am 22.01.2018].

139 Siehe Schaper: Rechte Tendenzen frühzeitig erkennen.

stärker als in städtischen. Doch sind sie – wie andere Vereine und sonstige zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse auch – nicht per se und nicht ausschließlich Träger des Guten und der Zivilität. Sie sind mit ihrem inklusiven Anspruch immer auch strukturell offen und attraktiv für solches Denken und Handeln, das ein Projekt der Exklusion voranzutreiben gewillt ist.¹⁴⁰ Eine entsprechende Vereinfachung nahm die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vor: »Auch Neonazis können angeln, Kinder haben oder bei der Feuerwehr sein.«¹⁴¹ Daher könnten Vorträge über rechtsradikale Unterwanderungsversuche, wie sie das Führungspersonal der Feuerwehren des Landkreises nach den Ereignissen von Salzhemmendorf hörte,¹⁴² in der Tat eine Perspektivverengung auf lediglich einen Teilaspekt darstellen. Mag sein, dass von außen unterwandert wird, doch steht dies wohl nicht hinter dem zurück, was man selbst im Inneren bereits beherbergt und gar kameradschaftlich beschützt. Jemand, der viel in der Region unterwegs ist, dort auch lebt, sagte uns im Gespräch:

»Und das ist einfach auch die Spitze eines Eisbergs. Ich persönlich denke immer, in den dörflichen Vereinen ist immer noch so ein Sammelpunkt rechter Ideen. Es sind nicht zuletzt auch die Feuerwehrvereine, die Feuerwehrjugend. So was darf ich gar nicht laut sagen. [Dann werden viele, Anm. d. V.] gleich wütend: Nein, das geht nicht. Das ist denen natürlich eine heilige Kuh, die Feuerwehr, die freiwillige Feuerwehr und auch die Jugendfeuerwehr. Aber da finden wir sicherlich Reste solchen Denkens. Und im Ostkreis, der so ein bisschen abgehängt ist, der wirklich Mühe hat voranzukommen, da ist das besonders stark.« (I7)

Dass Feuerwehrkulturen sozial und kulturell Abgeschlossenheit hervorbringen, resümierte auch die Geschlechterforscherin Ilona Horwath; ihre Studienergebnisse fasste sie wie folgt zusammen: »Weiße, heterosexuelle Männer aus der Arbeiterschicht stellen dort die Mehrheit dar und prägen das Bild des typischen Feuerwehrmannes. Die Aufrechterhaltung des Ideals beeinflusst die Chancen auf soziale und kulturelle Integration.«¹⁴³ In den Interviews – zumal mit Verantwortungsträgern aus Politik, Vereinen und Verwaltung – war indes ein deutliches Abwehrmoment

140 Zur Konzeption des Rechtsextremismus als »politisches Projekt der Exklusion« erhellend Brodtkorb, Mathias: *Metamorphosen von rechts. Eine Einführung in Strategie und Ideologie des modernen Rechtsextremismus*, Münster 2003, S. 23.

141 Eppelsheim, Philip/Freidel, Morten: Wer zündet Flüchtlingsheime an?, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 10.07.2016.

142 Siehe Schaper: *Neonazis und Vereine*.

143 Zit. nach Reckendorf, Nina: *Innovation durch Vielfalt*, Pressemitteilung der Universität Paderborn vom 12.03.2018, URL: <https://www.uni-paderborn.de/en/nachricht/88515/> [eingesehen am 09.01.2019]; vgl. auch o.V.: *Löschen und Lesen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 09.01.2019; mit Blick auf Österreich vgl. Horwath, Ilona: *Gleichstellung im Feuerwehrwesen. »Gut Wehr!« und die HeldInnen von heute*, Wiesbaden 2013.

gegen Kritik festzustellen, die aus Perspektive unserer Gesprächspartner pauschal daherkomme und die Feuerwehr – und damit den Ort selbst – in Misskredit bringe. Man sah sich im Kreuzfeuer, gab an, mit einer Medienkampagne konfrontiert gewesen zu sein:

»Dann kam da sogar ... ja überregionale Presse, sowieso deutschlandweit. RTL und alle möglichen. Das war die nächsten Tage ... etwas ruhiger, bis irgendwann festgestellt wurde, dass der eine Attentäter in der Freiwilligen Feuerwehr war ... plötzlich hat das einen ganz komischen Drall gekriegt, dann gingen alle drauf los, dann musste ja das Schlechte gesucht werden. Also stand die Feuerwehr plötzlich unter Generalverdacht, dass dort also ein Hort des Nationalsozialismus und des rechten Gedankenguts, das plötzlich war. Also das war natürlich dann wirklich grenzwertig, dann hat man sich dort, den Jugendleiter rausgepickt, der auch irgendwo auf seiner Facebook-Seite mal irgendwas in der Art ... irgendwelche Musikgruppen geliked hat, das wurde ihm dann zum Verhängnis. Das lief dann so weit, bis er wirklich aus der Feuerwehr austreten musste, sonst wäre der ganze ... ja dieser Generalverdacht dann nie aus der Welt gekommen. Also, es war wirklich, es war dann schlimm, dass plötzlich alles so sich auf die Feuerwehrleute konzentrierte, und also da die Kameraden einigermaßen ruhig zu halten, das war schon eine sehr schwierige Aufgabe. [...] die machen das freiwillig, die opfern ihre Freizeit, die haben dort in der Nacht gelöscht ... haben zugesehen, dass nichts Schlimmeres passiert, und eine Woche später wurden die sozusagen ans Kreuz genagelt, unter Generalverdacht gestellt. Also das war schon ... bemerkenswert. [...] als sie sich auf die Feuerwehr eingeschossen hatten. [...] da wurde dann alles umgedreht. [...] Ja, das war hauptsächlich die örtliche Presse, die sich dann auch noch so ein bisschen mit der regionalen, also mit der hannoverschen zusammengetan hat und dann, es ist ja auch ein Phänomen, [...] also erst der große Hype [...], die Feuerwehr hat gelöscht, große Demonstration, aber da muss ja irgendwas Schlechtes sein, ja, der Attentäter war ein Feuerwehrmann, wird das da vielleicht sogar vorgelebt oder gemacht oder anerzogen. Es kann nicht einfach nur gut sein, es muss auch irgendwo noch etwas Schlechtes sein. Man kann im Grunde genommen darauf warten. Es ist komischerweise bei allen Geschichten so, bei den Positiven, es wird dann irgendwie versucht, das ins Negative zu kippen.« (I1)

I2 wiederum beschrieb es als einen »Balanceakt«, sich auf der einen Seite vor die Feuerwehr zu stellen – er sah die kommunalen Vertreter dazu in der Verantwortung – und auf der anderen Seite aber auch gegen Rechtsradikalismus innerhalb der Feuerwehren vorzugehen:

»Also, weil ich und auch viele andere immer bekräftigt haben, dass wir fern davon sind, die Feuerwehr irgendwie pauschal zu verurteilen, weil der Täter letztlich genauso aus dem öffentlichen Dienst hätte kommen können oder von jedem

beliebigen Betrieb. Nur das muss man eben immer wieder unterstreichen, weil es zunächst immer so eine Befürchtung gibt, dass man da jetzt in so ein schiefes Ansehen kommt. Ich glaube, dass so eine Maßnahme [ein Programm gegen Rechtsradikalismus, Anm. d. V.] gut ist, weil das eben genau zeigt, dass es auch andersherum geht. Ich finde auch generell, dass die Feuerwehr landesweit es gut macht. Die Jugendfeuerwehr hat schon vor Jahren ein sehr aktives Projekt gegen Rechtsradikalismus gestartet und ist da ziemlich deutlich unterwegs und auch markant unterwegs. Das finde ich sehr gut. Die Akzeptanz war schon da, aber es ist halt immer so ein Balanceakt, dass man jetzt nicht irgendwie den Eindruck erweckt, dass man die Feuerwehr da vorverurteilen würde. Das wäre auch falsch. Dafür gibt es auch keinen Anlass.« (I2)

3.7 Deutungen

Einzeltäter-These und Machtlosigkeit

Als eine Form der Deutung stach bei den von uns Befragten die Einzeltäter- oder Einzelfall-These hervor. Man interpretierte die Tat als Individualakt – was nicht bloß mit der bereits deutlich gewordenen Sichtweise der Lokalpolitiker von einer im Kern guten und vor allem nicht-rechtsradikalen Feuerwehr zusammengeht, sondern auch umfassend entschuldigt. Dem spontanen Handeln Einzelner, die Ungeheuerliches vollbringen, stehe man machtlos gegenüber. Folglich könne man vorab keine Zeichen und Hinweise erkannt haben, weil es sie schlichtweg in dieser Form nicht gegeben habe. Die folgenden Interviewausschnitte zeigen diese Deutung exemplarisch:

»Vorher hat man ja immer weiter in den Osten geguckt und gesagt: ›Oh Mann, was machen die da‹, und es wurde einem dann ziemlich schnell bewusst, dass das durchaus auch hier passieren kann, dass man an dem Thema arbeiten muss, wahrscheinlich noch mehr als wir es schon vorher gemacht haben, aber im Grunde auch eine gewisse Ohnmacht, wenn es denn irgendjemandem in den Kopf kommt, man kann es einfach auch nicht aufhalten, man kann vieles vorher machen, vieles versuchen, aber man kann solche Dinge letztlich nie ganz ausschließen.« (I1)

Unterlassen wurde eine explizite Verknüpfung mit anderen »Einzelfällen«, die zwar keine Gewalt gegen Personen beinhalten, sich jedoch zweifelsohne als rechtsradikal bezeichnen lassen:

»Also, es gab mal ganz entfernt, fragen Sie mich nicht wie oft, also, es gab mal Schmierereien mit Hakenkreuzen oder so was. Inwieweit das jetzt ein Böse-Jungen-Streich war, Dumme-Jungen-Streich oder ernst gemeint, das weiß ich

nicht, aber das sind eben auch die Situationen, wo wir ja auch gehalten sind, immer den Staatsschutz einzuschalten, das liegt auch bei denen vor, das kommt bei denen mit in die große Akte, um sich ein Bild von dem Ort zu machen. Kommt so was gehäuft in einem Ort vor, sage ich mal, und dann vielleicht noch ein bisschen mehr als nur Schmierereien, lässt das ja ahnen, dass da ja Menschen sind, wo vielleicht ein bisschen mehr hinter steckt, die vielleicht auch organisiert sind. Also, so was gab es natürlich vereinzelt, schlimm genug, dass man natürlich sagen muss, gibt es aber vermutlich in jedem Ort mal, aber nicht irgendwie gehäuft oder regelmäßig oder, also das wirklich nicht. Das waren wirklich Einzelfälle in den letzten zwanzig Jahren.« (I1)

Vereine und Lokalpolitik haben sich auf die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden verlassen, den Zusammenhängen nachzugehen und ihnen grundlegend zu begegnen statt bloß punktuell im Einzelfallmodus. Selbst aktiver aufzutreten, erschien ihnen unmöglich. Auch habe man unter Umständen das Phänomen Rechtsradikalismus unterschätzt, nicht sehen wollen, wie im Gespräch mit einer Person, die nicht in Vereinen oder der Lokalpolitik Salzhemmendorfs aktiv ist, deutlich wird:

»Das war schon total heftig, da waren wir schon fassungslos und ja, dass das jetzt irgendwie ein rechter Anschlag war, klar, hätte ich jetzt da nicht in Salzhemmendorf mit gerechnet und auch nicht mit den Tätern, aber dass viele so fassungslos waren, dass da schon auch richtig Rechte sind in Salzhemmendorf, das war vielen nicht so klar und das hat mich jetzt nicht gewundert, also das wusste ich halt. [Schon früher hatte es über das Verhalten eines Täters im Ort geheißt, Anm. d. V.], das war jetzt eine Einzelaktion, meinten viele, und das hat gar nichts mit Salzhemmendorf zu tun, das war jetzt also noch nicht so, dass gesagt wurde, speziell in Salzhemmendorf müsste man mal gucken, mal so ein bisschen Aufklärung betreiben. Also außer durch diese Kaffeeaktion, wo viele Mitbürger sich gesagt haben, wir unterstützen jetzt die Flüchtlingsfamilien.« (I3)

Interessanterweise fokussiert auch diese Kritik an den lokalen Eliten Salzhemmendorfs auf eine unzureichend geglückte Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung und nicht auf das Phänomen Rechtsradikalismus, das – banalerweise – mehr umspannt als eine rigide Ablehnung geflüchteter Menschen. Dabei bleibt es allerdings nicht. Ausgebreitet wird zudem die Ansicht, dass die im Ort engagierten Politiker, die den Alltag Salzhemmendorfs so aktiv gestalten, ja dominieren würden, sich von den sozialen Schichten im Ort, in denen rechtsradikales Gedankengut vor allem kursiere, entkoppelt hätten. Man sei nicht mehr in der Lage, Rechtsradikalismus zu erkennen, lautete der Vorwurf:

»Man sieht das Problem ja nicht unbedingt, [...] halt im Rat, in der Ratssitzung, da waren viele ganz erstaunt, zum Beispiel über den Drogenkonsum, dass das ein Problem ist auf dem Land. Das haben die überhaupt nicht mitbekommen oder

auch mit rechten Tendenzen, also wir hatten dann oft Politiker oder auch Bürgermeister, wie auch immer, die kommen aus so heilen Familien, auch wenn die Kinder haben, die Kinder machen mit 18 ihr Abi, da ist alles super gelaufen, dann studieren die, die haben mit diesen Problemen nie etwas zu tun gehabt irgendwie, dann war da immer alles hervorragend und die waren dann total erschrocken [...] und die sind dann teilweise aus allen Wolken gefallen. Oder viele, die auch einfach ein bisschen gutgläubig und naiv sind so. Die einfach so sind, ach, das sind doch Vereinzelte. Ich kenne doch die meisten hier, das sind alles doch Nette, das so, aber wie gesagt, nicht jeder erlebt die Leute abends, wenn sie sich einen trinken oder wenn sie so ungezwungener sind. Es ist ja auch nicht unbedingt so, dass, wenn ein Ratsherr da ist oder der Bürgermeister, dass da solche Sprüche fallen.« (I3)

In der Tat gingen unsere Gesprächspartner aus Politik und Verwaltung weniger auf den Nahbereich als auf externe Einflüsse ein. Das Großthema »Flüchtlingskrise«, die politische Großwetterlage mithin, diente den von uns Befragten als eine weitere Erklärung unter anderen, um den Anschlag einzuordnen.

Die »Großwetterlage« als Entschuldungsmuster

»Ja, ich glaube, das war einfach auch die Großwetterlage, es gab dort ja schon verschiedene Anschläge – meist im Osten in der Zeit – und das wurde ja so über die sozialen Medien, oder die Medien überhaupt, sehr breitgetreten und dann haben die dann in ihrem Suff, sag ich mal ... sind die wohl auf die Idee gekommen, das auch mal zu machen.« (I1)

Tatsächlich geschah der Brandanschlag im Kontext der »Flüchtlingskrise«, in deren Verlauf sich mit der AfD eine neue politische Partei bundesweit etablieren konnte – im Herbst 2017 zog sie als drittstärkste Kraft in den Bundestag ein.¹⁴⁴ Für die Vorgänge in Salzhemmendorf ist die »Flüchtlingskrise« insofern von Bedeutung, als sie Bezugspunkt (für die Täter) und Hintergrundfolie allen Akteurshandelns war und überdies in unseren Interviews als Erklärung für die Tat angeführt wurde. Bereits ein Blick auf die Meldungen der Zwanzig-Uhr-»Tagesschau« vom Freitag, 28. August 2015, zeigt die thematische Virulenz und scheinbare Allgegenwärtigkeit, welche »die Flüchtlingsproblematik« mit ihren vielfältigen Implikationen im Sommer 2015 hatte. Erstes Thema der Nachrichten seinerzeit: 71 Flüchtlinge wurden in einem Lastwagen an der Autobahn 4 im österreichischen Burgenland tot aufgefunden. Zweite Meldung: mindestens 200 Flüchtlinge vor der Küste Libyens ertrunken. Dritter Bericht: Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft im niedersäch-

144 Vgl. Geiges, Lars: Wie die AfD im Kontext der »Flüchtlingskrise« mobilisierte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Bd. 28 (2018), H. 1, S. 49–69.

sischen Salzhemmendorf samt Bildern der Demonstration. Viertes Beitrag: Willkommensfest für Flüchtlinge in Heidenau. Fünftes Beitrag: NPD-Verbotsverfahren nach Krawallen in Heidenau. Sechstes Beitrag: Musikfestival für Demokratie und Toleranz in Jamel.¹⁴⁵

Insbesondere die Vorgänge im sächsischen Heidenau hatten die Schlagzeilen der vergangenen Tage bestimmt. Am 21. August 2015 war es in der Kleinstadt nahe Dresden im Anschluss an eine von der NPD angemeldete Kundgebung zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen gekommen. Die Täter von Salzhemmendorf, wie aus Vernehmungsprotokollen hervorgeht, gaben an, die Vorgänge in Heidenau als ihr Vorbild betrachtet zu haben.¹⁴⁶ Auch die Sicherheitsbehörden zeigten sich im Spätsommer 2015 besorgt angesichts der vielen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Man fürchtete, dass »ein neuer organisierter Rechtsterrorismus entstehen könnte«¹⁴⁷, und verstärkte die Beobachtungsmaßnahmen.¹⁴⁸ Der damalige Bundespräsident Joachim Gauck hatte in Bezug auf die Angriffe von einem »Dunkeldeutschland« und von einem »hellen Deutschland« gesprochen.¹⁴⁹ Grautöne schienen nicht zu existieren. Der helle Part befürwortete grundsätzlich die Entscheidung am 4. September 2015, aus Ungarn kommende Flüchtlinge einreisen zu lassen, bejahte den Bundeskanzlerinnen-Satz »Wir schaffen das«, der während einer Pressekonferenz einen Tag später fiel, erfreute sich am beispiellosen Begrüßungsapplaus an deutschen Bahnhöfen und an der »neuen Willkommenskultur« mit ihrer herzlichen, scheinbar grenzenlosen Hilfsbereitschaft. In Salzhemmendorf sowie im gesamten Landkreis, so war zu hören, füllten sich rasch die Sammelstellen und Kleidungskisten, leisteten Freiwillige unzählige Hilfestunden, wurden Flüchtlinge ganz überwiegend in eigenen, gut ausgestatteten Wohnungen, nicht in Sammelunterkünften, untergebracht. Schulen, Kindergärten und Sportvereine waren sensibilisiert.

»Es fokussierte sich ja interessanterweise alles so auf Ende August, Anfang September, Frau Merkel mit ›Seid willkommen in Massen‹ sozusagen, und genau in der Zeit war auch hier der Anschlag. Es gab auch andere, aber irgendwie hab [ich] das Gefühl, alles hat sich sehr auf Salzhemmendorf in der Zeit fokussiert.« (I1)

145 Siehe Tagesschau, 28.08.2015, 20.00 Uhr, URL: <https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-9889.html> [eingesehen am 10.12.2018].

146 Vgl. Nagel, Thomas: Angeklagte sind rechtsradikal, in: Neue Presse, 19.02.2016.

147 O.V.: Furcht vor neu organisiertem Rechtsterrorismus, in: Zeit Online, 28.08.2015, URL: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-08/bka-fluechtlingsunterkuenfte-straftaten-rechtsextremismus-dokumentation-bundesinnenministerium> [eingesehen am 13.03.2019].

148 Siehe o.V.: BKA und Verfassungsschutz sollen Lagebild erstellen, in: Die Welt, 29.08.2015.

149 Zit. nach o.V.: Gauck definiert Nation neu, in: Aachener Zeitung, 29.08.2015.

Wäre der Anschlag nicht in einer aufgrund der Flüchtlingsthematik politisch aufgeladenen Zeit geschehen, wäre das Urteil anders ausgefallen – so vermutete es u.a. ein Bekannter des Haupttäters gegenüber der Lokalzeitung.¹⁵⁰ Ein politisches Urteil aufgrund der besonderen gesellschaftlichen Sensibilität in der Flüchtlingsfrage wurde unterstellt. Diese Deutung hat mit der vorangegangenen Deutung, der zufolge es sich bei den Tätern um »Durchgeknallte« oder »Verrücktgewordene« handele, eine Verdrängung bzw. Externalisierung gemein. Die Täter stehen zum einen als eine einzelne geschlossene, gewaltbereite Gruppe dar; ihre Andersartigkeit – womit vor allem ihre Abartigkeit gemeint ist – drücke sich nicht zuletzt in der scharf zu verurteilenden Tat selbst aus. Zum anderen habe die von außen kommende Ausnahmesituation der »Flüchtlingskrise« die Tat motiviert, gewissermaßen den Schalter überhaupt erst umgelegt, der sonst hätte kontrolliert werden können.

Diesen beiden hier zusammengezogenen Lesarten ist gemein, dass sie jeweils den Scheinwerfer der Aufmerksamkeit vom Ort des Ereignisses selbst abziehen. Zum einen erfolgt dies durch eine Ausgrenzung der Täter aus der eigentlich intakten, zivilen Dorfgemeinschaft; zum anderen geschieht dies durch die Deutung, die eine Bedeutungszuweisung an äußere, überwältigende Kräfte vornimmt, die zwar die Tat nicht alleine ausgelöst, jedoch den Bewertungsmaßstab verschoben hätten. Mit Letzterem ist die Formulierung des Verdachts eines politisch gesteuerten, öffentlichen sowie juristischen Verfahrens verbunden, mit Erstgenanntem die implizite Beschwichtigung der Tat und ihrer Motivationen. Beide Lesarten beinhalten einen Verdrängungsimpuls, der sich mit dem hohen Maß an lokaler Verbundenheit und der gleichzeitigen Abgrenzung von Tat und Tätern erklären lassen könnte.

Während unserer Gespräche mit Menschen vor Ort wurden wir auch auf das Thema Alkohol hingewiesen. Da müsse man schon aufpassen, dass »die 14-jährigen Mädels sich nicht mit Wodka betrinken, was halt so ganz normal passiert auf dem Land, vielleicht sogar noch mehr als in der Stadt«, wie uns ein Gesprächspartner sagte (I3).¹⁵¹ Hochprozentiges gehöre zu jedem Dorffest, und da würde man nicht so genau hinschauen, wenn auch Jugendliche zur Flasche griffen, wohingegen andere Drogen auf keinerlei Akzeptanz stießen:

150 Vgl. Schaper: Ein Jahr nach dem Brandanschlag.

151 Vgl. auch Baumgärtner, Theo/Kestler, Johannes: Suchtmittelgebrauch, Computerspielverhalten, Internetnutzung und Glücksspielerfahrungen von Jugendlichen in Hamburg und drei kommunalen Modellregionen in Deutschland. Deskriptive Ergebnisse der SCHULBUS-Studie 2012, Hamburg 2014, URL: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Drogen_und_Sucht/Berichte/Deskriptive-Ergebnisse-SCHULBUS-regional-Studie-2012.pdf [eingesehen am 22.05.2018]; vgl. o.V.: Jugendstudie: Alkohol ist auf dem Land höher, in: Die Welt, 24.05.2014; vgl. Jeska, Andrea: Samstagnacht auf dem Land, in: Die Zeit, 05.07.2007.

»Es lief halt viel über Alkohol, ich finde schon, dass der Alkoholkonsum recht hoch war und auch ist. Das wird als normal gesehen. So kiffen ist gerade auf dem Land etwas ganz furchtbar Schlimmes. Das sind oft ganz andere Leute. Die stehen nicht hinterm Rewe. Die treffen sich dann lieber woanders, das sind dann wieder ganz verschiedene Gruppierungen irgendwie. Also Alkohol und Dorffest [...], aber ist mittlerweile auch wirklich so, dass Security-Leute auch auf dem Dorffest da sind, dass die Jugendlichen ihre Rucksäcke vorzeigen müssen, damit sie keinen Alkohol mitnehmen.« (I3)

Aber nicht nur auf die Eingebundenheit und Akzeptanz von Alkohol im Kontext örtlicher Feiern wurde verwiesen; auch Probleme anzusprechen, die aus (zu viel) Alkohol resultieren, sei tabuisiert, würde von den Bewohnern sowie den Verantwortungsträgern in der Kommune gemieden, obwohl die Konflikte buchstäblich offensichtlich seien – im Umfeld der Vereine und Jugendtreffpunkte im Ort, an Tankstellen und vor Supermärkten. Auch in unseren Interviews wurde Alkohol im Zusammenhang mit der Tat angeführt – teils problematisierend, teils entschuldigend:

»Und bei Dennis kann ich mir schon vorstellen, dass der Alkoholkonsum da mit ein Auslöser war, aber, ich meine aber, schon so eine Bombe zu bauen, das ist schon keine augenblickliche Geschichte irgendwie.« (I3)

Alkoholkonsum wurde also einerseits in Verbindung mit dem Brandanschlag gebracht, gleichsam (partiell) die Tat entschuldigend. Andererseits weisen die oben dargestellten Passagen darauf hin, dass dem Alkoholgenuss offenbar eine veränderte soziale Funktion zukommt; zumindest für die Gruppe der Jugendlichen im Ort erscheint dies zutreffend. Vor den Augen der Dorfgemeinschaft – was den Alkohol überhaupt erst zum Problem für die Dorfgemeinschaft macht – konsumieren junge Leute übermäßig Alkohol, treten enthemmt in Erscheinung sowie ritualisiert gelangweilt »hinterm Rewe«. Erneut erscheint insbesondere die Rolle der Öffentlichkeit entscheidend für die Identifizierung als problematisch erachteter Tendenzen. Jedenfalls sei es schlimmer geworden, teilte uns I3 mit, und das habe es so früher nicht gegeben. Allerdings habe eine politisch öffentliche Problematisierung bislang nicht stattgefunden, da Lokalpolitik und Vereine, bei denen der Konsum von Alkohol zum Teil zur Vereinskultur gehöre, eben schlichtweg nicht hinsähen.

Fragen der Zugehörigkeit: Enttäuschungen und Integration

Bei der Auseinandersetzung mit dem Brandanschlag und bei der Betrachtung lokaler Reaktionen und Deutungen stoßen wir auf Fragen der Zugehörigkeit, die verhandelt wurden: Wer gehört zur Dorfgemeinschaft? Und wer nicht? Die lokalen Entwicklungen im Kontext der »Flüchtlingskrise«, die diese Fragen offenkun-

dig auch in Salzhemmendorf neu entfachten, tauchten immer wieder in den Erzählstrecken der von uns Befragten auf. In Salzhemmendorf, so zeigte sich, gelte man durchaus lange als »Zugezogener« – unabhängig von Herkunft und Hautfarbe –, was wohl in eher ländlichen Gegenden die Regel und nicht die Ausnahme sein dürfte. Dies hatten bereits in den 1960er Jahren die Soziologen Elias und Scotson in ihrer Studie »Etablierte und Außenseiter« herausgearbeitet und u.a. auf »ungleiche Machtbalancen«¹⁵² zurückgeführt. Die »Neuen« verfügten gegenüber den Alteingesessenen, die als vergleichsweise homogene Gruppe auftreten und agieren, über weniger Macht, da sie innerhalb des sozialen Beziehungsgeflechts – Elias nennt es »Figurationen« – den »Normen der höherstehenden Gruppen nicht gerecht werden, weil sie gemessen an diesen Normen anomisch sind«.¹⁵³ Die Hinzuziehenden, die Abseitslebenden, die »Außenseiter«, stören gewissermaßen den Normenkanon der »Etablierten« – obwohl soziologisch betrachtet diese Etablierten die Außenseiter zur Selbstvergewisserung der eigenen höheren sozialen Lage geradezu benötigen –, weshalb diese entsprechend stigmatisiert werden.¹⁵⁴ Auch in Salzhemmendorf haben wir solche Dynamiken beobachten können; auch hier zeigen sich soziale Muster, die bereits an der Oberfläche liegen, welche Gruppen (mit dem entsprechenden sozialen Status) wie stigmatisiert werden. Sie machten sich als diverse »Alltagsprobleme, die einfach da sind«, zwischen zugezogenen Asylbewerbern und Einheimischen bemerkbar, wie uns eine Engagierte erzählte. Dass sich die Feuerwehr weigere, das Altpapier abzuholen, wenn »da Windeln zwischen sind und Essensreste und so«. Dass man Heiligabend nicht den Sperrmüll rausstelle, vor seinem Haus den Weg selbst kehre und sich an die Nachtruhe zu halten habe, fasste unser Gesprächspartner beispielhaft unter diese »Alltagsprobleme«. Davon hätten sich Nachbarn durchaus genervt gezeigt, und weiter: »Und wenn eine Ratte dann da läuft, sind die Flüchtlinge schuld.« Es gebe durchaus einen »unterschweligen Rassismus« (I6), den die Flüchtlinge erlebten.

»Und das ist in den Fußball- oder Sportvereinen auch nicht anders [...], also wir haben versucht, zum Beispiel Flüchtlinge da mit zu integrieren, dass die Fußball spielen können zum Beispiel. Das war gerade bei den jungen Männern, die überhaupt nichts zu tun hatten und dann gerne Fußball spielen wollten. Und das war ganz unterschiedlich. Bei einigen war das so, ja klar, super ne, zum Beispiel auch in Wallensen [Ortsteil des Fleckens, Anm. d. V.], haben die auch privat Fußballschuhe verschenkt, weil sie zwei Paar hatten, dass die irgendwie Sachen hatten, die durften mittrainieren, Spiele durften sie noch nicht offizielle, also mitspielen, da ist das ganz toll gelaufen und in anderen ... da ist das schon, das am Spielfeld auch dumme Sprüche gemacht werden, und für die ist das ein totaler Unterschied, ist

152 Elias/Scotson: Etablierte und Außenseiter, S. 14.

153 Ebd., 20.

154 Ebd., S. 12.

das jetzt irgendwie jemand aus, ein Kurde oder ein Türke oder ein Portugiese, der ist hier großgeworden, mit dem bin ich zur Schule gegangen, das ist mein Kumpel, das ist kein Ausländer, oder ob jemand zugezogen ist, oder gar Flüchtling ist, das ist dann erst mal etwas Fremdes, und das ist dann erst mal, mit denen wollen wir nichts zu tun haben, und ganz krass war es dann, als die jungen Afrikaner dann gekommen sind, weil das sieht man an der Hautfarbe, das waren viele junge Männer. Das ist auch für mich immer noch so, wenn ich hier durchs Dorf gehe, diese Menschen fallen einfach auf.« (I3)

Im Ort hätten daher auch die Frau aus Simbabwe, die mit ihrer Familie dem Anschlag zum Opfer fiel, aufgrund ihrer als zurückhaltend-verschlossen wahrgenommenen Art »viele für unhöflich« gehalten, wie uns eine Salzhemmendorferin berichtete. Zudem sei die Frau – ebenso wie eine Gruppe Asylsuchender, die ebenfalls 2015 in den Ort gekommen war und vorwiegend aus jungen Ivorern bestand – bereits durch ihre Hautfarbe im Dorfbild aufgefallen. Sie brachen, wenn man so will, den Alltag und das Normale. Zuwanderung aus Afrika habe man bis dato nicht gekannt. Die wenigen portugiesischen, polnischen und russischstämmigen Familien würden längst nicht mehr als fremd wahrgenommen. Insbesondere Kinder gälten als wichtiger Integrationsfaktor, wie uns berichtet wurde. Sie ermöglichten überhaupt erst die Kontaktaufnahme vor Ort; Schule und Kindergarten verbänden Familien unabhängig von der Herkunft oder regionalen Verbundenheit:

»Und ich bin hier ganz lange, ganz viele Jahre auch die Zugezogene gewesen und nicht angekommen. Also hier sind sehr viele Menschen hergezogen. Und das ist immer, glaube ich, überall auch immer eine gewisse Trennung. Kommt man von außen dazu, gehört man nicht richtig dazu. Und das hat sich erst verändert, als ich ein Kind gekriegt habe zum Beispiel. Als ich meine Tochter hatte, von dem Moment an, öffnete sich mir die Dorfgemeinschaft und es war anders.« (I6)

Jedoch, wie auch das Beispiel der vom Anschlag betroffenen Familie zeigt, gilt das nur bedingt für die Eltern, die von der Flucht oftmals ein deutlich größeres Trauma davongetragen haben als ihre Kinder und die in Niedersachsen teils erkrankt ankamen. Teils seien offen Vorbehalte, Ressentiments und Abneigung zutage getreten, insbesondere unter jüngeren Leuten, wie uns berichtet wurde:

»Ja, die nehmen uns unsere Arbeit weg, obwohl sie ja gesehen haben, die arbeiten gar nicht, und sie aber irgendwie nicht gecheckt haben, dass sie nicht arbeiten dürfen, also sowieso kein Hintergrundwissen und ja im Moment auch so viel, dass sie sagen, das sind alles Wirtschaftsflüchtlinge, weil die haben alle dicke Handys irgendwie. Und die sind auch recht gut angezogen, das sind so Sprüche von den Jungs. Wirtschaftsflüchtlinge, und die wollen sich hier nur an unsere Frauen ranmachen, und wer so ein dickes Handy hat, irgendwie so, das neueste Ding, der

kann ja nicht arm sein, und die sind hier einfach nur, weil sie unsere Knete wollen, das ist schon häufig.« (I3)

Auch bei Engagierten und Hilfsbereiten zeigten sich Enttäuschungen über das Zusammenleben mit und die Integration von Geflüchteten. Dass Angebote von diesen nicht angenommen würden, dass eine gewisse Unzuverlässigkeit vorherrsche, auch teils Undankbarkeit, wurde uns erzählt:

»Sie empfangen diese Leistungen, ohne dass sie jemals in dieses System eingezahlt haben. Und wenn ich dann mal ein halbes Jahr, das sind immer so Jobs für ein halbes Jahr, hier so Grünpflege mache [...], gebe mal was zurück, sage ich nicht, es ist ja so langweilig, sondern mache mal was. Und die sagen alle nein. Das ärgert mich. Da würde ich mich einfach freuen, wenn wir da mehr Engagement sehen würden.« (I6)

Es erscheint so, als würde der »Engagement-Ort« Salzhemmendorf recht hohe Engagement-Ansprüche und Integrationserwartungen an seine neuen ausländischen Mitbürger stellen, die – so die Wahrnehmung der Befragten – zumindest partiell uneingelöst blieben. Vor diesem Hintergrund kann das Zusammenleben dann nur ambivalent ausfallen: Ressourcenreichtum und Hilfsbereitschaft der aufnehmenden Seite sind verbunden mit Erwartungen an ein korrektes Auftreten und Handeln der Neuankömmlinge, der Hilfeempfänger, sowie an spezifische Verhaltensweisen (des Dankes, zumindest aber der Anerkennung). Konflikte erscheinen als unvermeidliche Folge. Hinzu kommen Vorstellungen und Sichtweisen auf Flüchtlinge, die uns wie folgt geschildert wurden:

»[...] auf der einen Seite auch dieses Klischeehafte auch, was aber eben auf Unwissenheit meistens beruht. Nehmen die uns jetzt die Arbeitsplätze weg? Die wollen doch wohl nicht hier arbeiten und nehmen uns das bisschen Arbeitsplätze weg? Und auf der anderen Seite: Wie, die arbeiten gar nicht, die leben einfach nur so von dem Geld? Also egal, was sie machen, es ist eben alles ja nicht richtig. Das gab es hier ja genauso, wie es das überall auch gab.« (I5)

Hier zeigt sich, wie überwölbende Entwicklungen – Migrationsbewegungen in die Bundesrepublik – sich lokal auswirken. Das begründet keinen Anschlag, formt aber einen Konfliktboden, auf dem Engagement, Zuwendung und Inklusion gleichermaßen wie Ablehnung, Vorbehalte und vorhandener Hass wachsen können. Denn neben den bereits ausgeprägten Dispositionen der Täter und ihren Szenezugehörigkeiten, die innerhalb der gegebenen Regionalstruktur bestehen, die nicht beachtet und toleriert wurden, öffnete – so ist im Text deutlich geworden – die »Flüchtlingskrise« für die späteren Täter ein Gelegenheitsfenster, zur Tat zu schreiten, Worten auch Taten folgen zu lassen. Zugleich bildete die »Flüchtlingskrise« eine Möglichkeit der Entschuldung, indem sie als Erklärung für die Hintergründe des

Anschlages den Fokus von Salzhemmendorf auf die allgemeine politisch polarisierte Großwetterlage verschob.

Die Betrachtung von Salzhemmendorf hat gezeigt, dass der Anschlag auf die dortige Flüchtlingsunterkunft keineswegs aus dem Nichts geschah. Die Täter waren im Ort für ihre Einstellung bekannt, zuvor mehrfach aufgefallen und sogar polizeibekannt. Sie lebten ihre Gesinnung aus und stellten sie weitgehend ungestört dar – in öffentlichen und halböffentlichen Räumen, online wie offline, unter Freunden, in den Familien, unter Kollegen. Der »Schock« der Kommune resultierte nicht allein aus dem Bekanntwerden der rechtsradikalen Einstellungen und Verhaltensweisen von Dennis und Sascha, sondern daraus, dass hier buchstäblich über Nacht ein Ort aus seinem kommunalen und zivilgesellschaftlichen Äquilibrium gerissen wurde. Allerdings wurde er durch die Erkenntnis verstärkt, dass dieser Zustand, der vermeintliches Gleichgewicht, Ruhe und Normalität gewährleistete, selbst Versatzstücke dessen zu (re-)produzieren vermag, was fremdenfeindliche Gewalt durchführbar macht. Dagegen war (und ist) man in Salzhemmendorf – wie andernorts – recht hilflos, stiftet der relativ dichte Zusammenhalt ja auch Sinn, Gemeinschaft, schafft Sicherheit und Vertrautheit, sorgt (noch) für Bindungen und Zusammengehörigkeitsgefühle, die zuvörderst voraussetzungslos auf dem Lokalen gründen und keiner weiteren Erklärung bedürfen.

Jedoch kann das Maß an Zusammenhalt auch auf Feiern, in Vereinen und Verbänden geschützte Räume für rechtsradikales Handeln und Verhalten bieten – ein scheinbar unauflösliches Spannungsverhältnis. In Salzhemmendorf, so hat diese Fallbetrachtung deutlich werden lassen, lag ein ausgesprochen ausgeprägtes Verständnis dessen vor, was die lokale »Dorfgemeinschaft« ausmacht, nämlich die aktive Partizipation der Bürger. Sie lässt überhaupt erst »Dorfgemeinschaft« entstehen: ohne Engagement keine Gemeinschaft. Sie definiert sich durch (ihr) Öffentlich-Werden in Vereinen und Lokalpolitik, wobei die Gemeinschaft, genauer: die dominanten Vereins- und lokalpolitisch Spitzen-Engagierten, aus diesem Selbstverständnis heraus festlegt, welche Engagementfelder Gültigkeit erlangen. Dabei entsteht – so war es auch in Salzhemmendorf zu beobachten – ein von den Dorfeliten konstruierter, sich selbst reproduzierender Raum, der freilich bloß einen Ausschnitt des sozialen Lebens der Kommune umfasst, dessen soziale Regeln sich aber aus diesen Prämissen ergeben, sich gewissermaßen selbst fortschreiben und auch das vorherrschende Normkorsett bestimmen.

Dass Rechtsradikalismus in der Wahrnehmung der von uns Befragten dabei zum größtmöglichen Gegensatz von bürgerschaftlichem Engagement avanciert, erscheint sodann als Kennzeichen einer vorgenommenen maximalen Absetzbewegung schlüssig. Die Analyse hat jedoch gezeigt, dass Rechtsradikalismus nicht als Kehrseite, sondern eher als eine Art Beifang einer sich aus dem Engagement bürgerlicher Dorfeliten speisenden Lokalkultur zu begreifen ist, die von dem Streben nach Einvernehmen geprägt ist. Sie prämiert das erbrachte und erwünschte bür-

gerschaftliche Engagement mit sozialer Inklusion. Sie birgt allerdings, *erstens*, zugleich auch das Potenzial der Enttäuschung in sich – denn Engagement ist unstet und in gewisser Weise politisch lediglich lose gebunden. Zugleich aber stellt Engagement, *zweitens*, einen hohen Anspruch an diejenigen, die von ihm zunächst profitieren – auch das hat das Fallbeispiel Salzhemmendorf gezeigt. Dass es aber, *drittens*, gerade auch die Orte des Engagements sind, in denen Rechtsradikalismus nicht widersprochen wird, in denen er sogar gedeihen kann, wo ihn die Ortsgemeinschaft verharmlost, konnte ebenfalls gezeigt werden. Antworten darauf, welche Mechanismen (lokale) Zivilgesellschaft und (lokale) Politik entwickeln könnten, um dieses Spannungsverhältnis aufzulösen, die über Konfliktmanagement hinausgehen, stehen noch aus. Den Rechtsradikalismus vor Ort würden sie zwar nicht tilgen, wohl aber dessen Einhegung verbessern.

